Schwerter Zeitung

Bei unvorhergesehenen Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalten, übernehmen wir keinerlei Gewähr für pünktliches Erscheinen der Zeitung und kann auch keinerlei Schadenersatz beansprucht werden.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt, Welthofener Zeitung, Apierbecker Zeitung, Langscheder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint werktäglich. Hauptgeschäftsstelle, Druck und Verlag: Carl Braus. Telegr.-Adr.: Braus, Schwerterruhr. Tel. 62. Postscheck: Dortmund 2852 und Hannover 21874. Verantwortlich für Schriftleitung und Anzeigen: Hans Zimmer in Schwerte. Tel. 62.

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde ◆ Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. ◆ Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 131 | Anzeigen-Preise: Lokale 10 Pf., Auswärtige 12 Pf., Familien-Anzeigen 8 Pf., Reklamen 50 Pf. Finanz-Anzeigen 12 Pf. | Donnerstag, den 5. Juni 1924 | Bezugspreis vom 1. bis einschl. 15. Juni: 1,20 Mk. Einzelnummer 150 Milliarden Papiermark | 57. Jahrgang

Neues in Kürze.

Karl Schurz junior †.

wp. Köln, 4. Juni. Wie die Köln. Ztg. meldet, starb vor kurzem Rechtsanwalt Karl Schurz aus Newyork, der Sohn des bekannten deutschamerikanischen Politikers und Staatsmannes Karl Schurz, in Bad Nauheim. Die Leiche wird in den nächsten Tagen von Hamburg nach den Vereinigten Staaten zur Beisetzung in der Familiengruft überführt werden. Der Verstorbene war in kinderloser Ehe verheiratet. Mit seinem Tode ist der Name Karl Schurz im Mannesstamm erloschen.

Der Strafantrag im Thormannprozeß.

pw. Berlin, 4. Juni. (Privattel.) Dem Achtuhrabendblatt zufolge beantragte der Staatsanwalt in dem Prozeß gegen Thormann und Dr. Grandel wegen des versuchten Attentats auf Seeckt für beide Angeklagte je vier Jahre Zuchthaus, unter Anrechnung von vier Monaten Untersuchungshaft, wegen Verabredung zum Morde.

Weiteres Sinken der Großhandelsmeßzahl.

wtb Berlin, 5. Juni. (Tel.) Die auf den Stichtag des 3. Juni berechnete Großhandels-Indexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stand vom 27. Mai (120,2) weiter um 1½ Prozent auf 118,4 gesunken.

Vergehen gegen das Depotgesetz.

wtb Nürnberg, 5. Juni (Tel.) Wegen Vergehens gegen das Depotgesetz wurden die beiden Direktoren der unter Geschäftsaufsicht stehenden Nordbayrischen Handels- und Gewerbebank A.-G. Regner u. Thauß sowie der Prokurist Fries in Untersuchungshaft genommen.

Einspruch der Reichsregierung.

wtb Dresden, 5. Juni. (Tel.) Die Reichsregierung hat gegen die sächsische Beamtenbesoldungsvorlage Einspruch erhoben, da sie gegen das Reichssperrgesetz verstoße.

Abstellungsbesuch in London.

wtb. Kopenhagen, 5. Juni. (Tel.) Der König und die Königin beabsichtigen Ende dieses Monats zur Besichtigung der britischen Reichsausstellung in Wembley nach London zu reisen; sie werden eine Woche dort bleiben und Gäste des englischen Königspaares sein.

Belgische Ablösung.

* Paris, 4. Juni. Aus Brüssel wird gemeldet, daß die belgischen Besatzungstruppen an der Ruhr durch die 7. Division abgelöst werden sollen, die unter dem Befehl des Generals Borremans steht.

Der Aufstand in Albanien.

* Rom, 4. Juni. Die italienischen Meldungen über die Aufstandsbewegung in Albanien berichten von einem Kampf der Nationalisten mit den Regierungstruppen vor den Toren von Tirana. Tirana wurde von den Nationalisten besetzt. Die Regierungstruppen wurden geschlagen. Beiderseits zählt man 100 Tote.

Frage und Antwort über den Ubootkrieg.

wtb. London, 4. Juni. (Tel.) Unterhaus. In Beantwortung einer Anfrage des Abg. Wedgwood Benn erklärte der Premierminister, der Regierung sei nichts bekannt über irgend welche unveröffentlichte Dokumente, welche die Verantwortlichkeit Tirpitz für den deutschen Unterseebootkrieg beträfen.

Eingreifen Italiens und Jugoslaviens?

* London, 4. Juni. Zu den Ereignissen in Albanien erfährt der Korrespondent der Daily Mail in Brindisi, in gut unterrichteten französischen Kreisen werde behauptet, daß zwischen Italien und Jugoslawien eine Verständigung zur eventuellen Durchführung einer gemeinsamen Intervention in Albanien erfolgt sei.

Mit dem Ballon im Gewitter.

wtb London, 4. Juni. (Tel.) Times meldet aus Newyork: Dr. Leron Meisinger vom amerikanischen Wetterbüro und sein Pilot kamen bei einer Ballonfahrt in einem Unwetter, wobei der Ballon verunglückte, um. Man nimmt an, daß der Ballon vom Blitz getroffen wurde. Leron-Meisinger hatte über Elment (Illinois) meteorologische Beobachtungen angestellt.

Ein rumänisch-türkisches Militärabkommen?

* Warschau, 4. Juni. Nach hier eingelaufenen zuverlässigen Informationen entfaltet Rumänien in Angora eine lebhafte diplomatische Tätigkeit. — Bratianu hat in Angora den Plan einer gemeinsamen militärischen Aktion gegen Rußland angeregt, demzufolge die Türkei sich verpflichten solle, im Falle eines russisch-rumänischen bewaffneten Konflikts den Kaukasus und die Petroleumquellen zu besetzen. Mit diesen Verhandlungen werden auch gewisse englische Kreise der Hochfinanz in Verbindung gebracht, die Interesse an einem Scheitern der russisch-englischen Konferenz haben und die Kontrolle der Petroleumproduktion in Rumänien und Baku anstreben.

Heimschaffung von Gefallenen.

wtb. Berlin, 5. Juni. (Tel.) Da die Heimschaffung deutscher Kriegergräber in der letzten Zeit wieder aufgenommen worden ist, sind die Bestimmungen über Frachtermäßigung, die vorübergehend aufgehoben waren, in dem früheren Ausmaß mit sofortiger Gültigkeit bis auf weiteres wieder eingeführt worden. Anträgen auf Erstattung der Hälfte der bezahlten Fracht für Fälle, in der rückliegenden Zeit, in der eine Ermäßigung nicht mehr gewährt worden ist, kann stattgegeben werden.

Erklärung der Reichsregierung im Reichstag.

wtb Berlin, 4. Juni. (Tel.) In der Regierungserklärung die Reichskanzler Dr. Marx in der heutigen Nachmittagssitzung des Reichstages abgab, heißt es: Auch die bei dieser Kabinettsbildung zu bewältigenden Schwierigkeiten hatten ihren tiefsten Grund in der ernsten außenpolitischen Lage des Reiches. Es ist verständlich, daß nach den langen vergeblichen Bemühungen Deutschlands, zu einem wahren Frieden zu gelangen, der Meinungsstreit über den Weg heftiger ausgetragen wird als die Einmütigkeit über das Ziel der Befreiung Deutschlands zu rechtfertigen scheint. Seit Jahren stehe die deutsche Politik unter dem Druck der außenpolitischen Verhältnisse. In besonderem Maße ist das jetzt der Fall, da die beherrschende Frage der großen internationalen Politik die Stellungnahme der beteiligten Völker zum Sachverständigengutachten ist. Nach der Ueberzeugung der Reichsregierung ist das für Deutschland eine Lebensfrage. Die Lage der deutschen Wirtschaft sei trostlos, wenn nicht verzweifelt. Die Kenner des deutschen Wirtschaftslebens seien darin einig, daß in kürzester Zeit eine Frist der Entspannung in der Geldknappheit erfolgen müsse, wenn nicht die ganze Wirtschaft erliegen solle. Einen Ausweg aus der schon zu lange dauernden schweren wirtschaftlichen Krise habe die Reichsregierung in dem Sachverständigengutachten gesehen. Sie habe deshalb durch ihre Note vom 17. April die Anträge des Wiederherstellungsausschusses beantwortet, daß sie in dem Gutachten eine praktische Grundlage für die schnelle Lösung der Wiederherstellungsfrage erblicke und deshalb bereit sei, ihre Mitarbeit an den Plänen der Sachverständigen zuzusichern.

Die Reichsregierung sei bereit, alles, was an ihr liege, zu tun, um die in Angriff genommenen Vorarbeiten zu beschleunigen und das Sachverständigengutachten in die Wirklichkeit umzusetzen. Sie hofft dabei auf die schnelle Mitarbeit des Reichstages. Die deutscherseits zu erlassenden Gesetzentwürfe und Anordnungen würden erst in Kraft treten, wenn klar und eindeutig feststehe, daß auch die Gegenseite das Gutachten als unteilbares Ganzes unverändert annehme und wenn Gewißheit dafür gegeben sei, daß die Gegenseite gleichzeitig alle Maßnahmen treffe, die in dem Gutachten als notwendig bezeichnet werden, um die deutsche Leistungsfähigkeit wiederherzustellen. Die wirtschaftliche und die finanzielle Einheit und seine Verwaltungshoheit müßten gleichzeitig wiederhergestellt werden, weil andere die in dem Gutachten verlangten Leistungen nicht aufgebracht werden könnten. Die ungeheuren Opfer für das deutsche Volk seien nur tragbar, wenn allen Deutschen die Möglichkeit gegeben werde, sich in ihrer Heimat ungestört der Arbeit hinzugeben. Eine Steigerung der Produktivität, die Uebernahme so schwerer Lasten und die notwendige innere Bereitschaft können nicht geschaffen werden, so lange das traurige Schicksal so vieler Tausender Vertriebener und ihrer Freiheit beraubter Deutscher die Nation beunruhige. Ihnen die Freiheit und die Heimat wieder zu geben, sei ein unerläßliches Ziel, von dem die Reichsregierung nicht abgehen könne.

Wenn so das Gutachten im Geiste ehrlicher Verständigung, in dem es entstanden sei, als Ganzes von allen beteiligten Regierungen angenommen und durchgeführt würde, werde Deutschland wieder auf eine vertragliche Grundlage mit den Wiederherstellungsgläubigern kommen. Nur folgerichtig unerläßlich sei, daß dann die vertragliche Basis überall wiederhergestellt werde. Die Sachverständigen hätten klar darauf hingewiesen, daß die über ihre Zuständigkeit hinausgehenden politischen Fragen zwischen der deutschen Regierung und den alliierten Regierungen unmittelbar zu regeln seien. Die Reichsregierung sehe hierin eine ihrer vornehmsten und dringlichsten Aufgaben. Nach der Ueberzeugung der Reichsregierung müssen vor diesen lebenswichtigen, für die Reichseinheit und die deutsche Wirtschaft gleich bedeutsamen Fragen der Außenpolitik alle innerpolitischen Fragen vorerst zurücktreten. In voller Absicht unterlasse die Reichsregierung deshalb in der gegenwärtigen Stunde, auf die Frage der Innenpolitik einzugehen.

Bei den großen Entscheidungen, die in der Außenpolitik zu treffen sind, sei es Pflicht, die gesamte Kraft der Nation für die ernste und schwere Aufgabe einzusetzen und die drückenden Alltagssorgen in dem Bewußtsein zurückzustellen, daß erst nach der Klärung und Vereinigung der außenpolitischen Schwierigkeiten der Wiederaufbau im Innern auf dem staatlichen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gebiete in Angriff genommen werden könne. Die Reichsregierung werde die ganze Kraft an die zur schnellen Durchführung des Sachverständigengutachtens erforderliche Arbeit setzen und stets ihr Augenmerk darauf richten, daß die sich daraus für das ganze Volk ergebenden schweren Lasten nach Maßgabe der Tragfähigkeit verteilt werden.

Angesichts der verzweifelten wirtschaftlichen Notlage, in der sich die deutsche Wirtschaft zurzeit befindet, beschwöre die Reichsregierung den Reichstag und das ganze deutsche Volk, die in den letzten Monaten sich langsam, wenn auch unter Fieberschauern einsetzende Gesundung Deutschlands durch einen die Einigkeit zerfetzenden Kampf nicht wieder zu zerstören. Wer werde heute noch Hilfe bringen können, wenn Deutschland noch ein zweites Mal in dieselbe Not wie im vorigen November. In den kommenden Wochen handelt es sich darum, durch den eingeleiteten Gesundungsprozeß die deutsche Wirtschaft zu retten.

Das schweren Opfer, die das deutsche Volk in den letzten Monaten auf sich genommen hat zur Rettung von dem Zusammenbruch, wären vergebens gewesen, wenn wir jetzt bis zur Erreichung des Zieles nicht stark blieben. Wir würden nicht die unsühnbare geschichtliche Schuld auf uns laden, des Reiches Untergang verschuldet zu haben, weil wir in dem entscheidenden Augenblick nicht die nationale Disziplin zu wahren wußten. Das Ausland müsse sehen, daß das deutsche Volk entschlossen den sich ihm bietenden Weg in die Freiheit gehen wolle.

Das Ausland müsse aber endlich auch den Beweis erbringen, daß es zu ehrlicher Verständigung bereit sei. Nur dann werde sich im deutschen Volke der durch zahllose Enttäuschungen und Demütigungen erschütterte Glaube an einen wahren und dauernden Frieden wieder festigen. Es geht um die deutschen Brüder, um deutsches Land, um Deutschlands Rettung in der letzten und höchsten Not. Das Rheinland und die bedrängten Landsleute an der Ruhr sehen erwartungsvoll auf den Reichstag und verlangen, daß er ihnen schnell Rettung und Hilfe bringt.

Die Ausführungen des Reichskanzlers wurden von Beifallskundgebungen begleitet. Besonders warme Zustimmung fand die Stelle der Rede, in der der Reichskanzler die Befreiung der noch in Haft befindlichen Deutschen aus dem besetzten Gebiet und die Rückkehr der Vertriebenen als unerläßliches Ziel der Reichsregierung bezeichnete, ebenso die Stelle, in der betont wird, daß in dem altbesetzten Gebiete das Rheinlandabkommen wieder hergestellt und loyal gehandhabt und die über den Versailler Vertrag hinaus besetzten Gebiete geräumt werden müssen. Am Schlusse seiner Rede wurde besonders lebhafter Beifall laut, in den sich auch Bravo-Rufe mischten. Vorübergehende Störungen wurden durch lärmende Zwischenrufe der Kommunisten bewirkt.

Ein Vertrauensvotum beantragt.

pw. Berlin, 4. Juni. (Privattel.) Wie die Blätter melden, bringen die Mittelparteien im Anschluß an die Aussprache über die Regierungserklärung im Reichstage ein Billigungsvotum ein, das sich nach der „Zeit" nur auf das Sachverständigengutachten beziehen und darauf hinweisen soll, daß es im Interesse der Wirtschaft und der besetzten Gebiete dringend nötig sei, das Gutachten so schnell wie möglich durchzuführen. Für dieses Votum werden die Deutsche Volkspartei, das Zentrum, die Demokraten sowie die Sozialdemokraten und wahrscheinlich auch die Bayrische Volkspartei und die Wirtschaftspartei stimmen, so daß sich eine ansehnliche Mehrheit für die Billigung des Regierungsprogramms ergeben dürfte.

Schlägerei im Mecklenburgischen Landtag.

wtb. Schwerin, 4. Juni. (Tel.) In der heutigen Vollsitzung des mecklenburgischen Landtages kam es vor der Neuwahl des ersten Vorsitzenden, für den die Deutschnationalen als die stärkste Fraktion Metterhausen vorgeschlagen hatten, zu wüsten Lärmszenen und einer Prügelei zwischen dem sozialdemokratischen Führer Moltmann und dem Kommunisten Wenzel. Als dieser die Sozialdemokraten von der Rednertribüne in maßloser Weise angriff, sprang Moltmann auf den Kommunisten zu und schlug zu. Es entwickelte sich eine Schlägerei zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten, die nur mit Mühe beendet werden konnte. Unter großer Erregung und ungeheurem Lärm wurde die Sitzung schließlich unterbrochen.

Der Mahlsdorfer Schülermord.

wtb. Berlin, 4. Juni. (Tel.) Der wegen der Tötung des Schülers Bayer verhaftete Lieberk hat nunmehr ein umfassendes Geständnis abgelegt. Nach seiner Schilderung handelt es sich um einen Unfall. Bei einem Abendspaziergang habe ihm Bayer seinen Trommelrevolver gezeigt und sich gerühmt, daß er mit verbundenen Augen ein vorher visiertes Ziel treffen könne. Um die Richtigkeit dieser Behauptung zu erproben, habe er — Lieberk — seinem Kameraden die Augen verbunden. Der erste Schuß habe jedoch versagt, worauf Bayer ihm den Revolver gegeben habe, mit der Bitte, nach der Ursache des Versagens zu sehen. Als er den Revolver entgegennahm, habe er plötzlich einen heftigen Krampf im linken Bein verspürt und sich, ohne den Revolver vorher aus der Hand zu lassen, niedergebeugt. Dadurch sei der Revolver losgegangen. Der Schuß habe Bayer sofort getötet. Um jeden Verdacht von sich abzulenken, habe Lieberk dann den Zettel geschrieben und dem Bayer angeheftet, um einen Mord von kommunistischer Seite vorzutäuschen. Nach den bisherigen Ermittelungen der politischen Polizei scheint dieses Geständnis auf Wahrheit zu beruhen.

Waffenschiebungsprozeß.

wtb. Leipzig, 4. Juni. (Tel.) Der Staatsgerichtshof beschäftigte sich in dreitägiger Verhandlungen mit den kommunistischen Waffenschiebungen in Thüringen im November vorigen Jahres. Nach dem vom Gericht festgestellten Sachverhalt sind Anfang November ganz erhebliche Waffeneinkäufe in Thüringen und zwar in den Waffenfabriken in Suhl und Umgebung, getätigt worden und zwar zu dem Zwecke, ein hochverräterisches Unternehmen vorzubereiten. Die Waffen gingen nach Hamburg und wurden von dort nach Berlin weitergeleitet. Dort wurden sie einem Spediteur zugeführt, der die Waffen als Solinger Stahlwaren an eine Adresse zustellen sollte. Das Gericht erkannte gegen die angeklagten Kommunisten auf Gefängnisstrafen von 2¼ bis 4 Jahren und Geldstrafen von 3—5000 Mark.

Deutscher Reichstag.

wtb. Berlin, 4. Juni. (Tel.) Im Reichstag wird zunächst ein Schreiben des gestern ausgeschlossenen Kommunisten Remmele verlesen, in dem dieser Einspruch gegen seinen Ausschluß erhebt. Der Einspruch wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Der Kommunist Scholem protestiert dagegen, daß eine ganze Hundertschaft Schupo kriegsbewaffnet im Reichstagsgebäude untergebracht ist. Das Schandparlament werde durch die polizeiliche Besetzung noch weiter geschändet. Der Präsident Wallraf ruft den Abgeordneten zur Ordnung.

Dann wird in die Tagesordnung eingetreten. Es folgt die Fortsetzung der Beratung der Haftentlassungsanträge. Der Kommunist Könen wendet sich gegen die Sozialdemokraten wegen ihrer Ablehnung des Einspruchs Remmeles. Könen schließt mit der Erklärung, daß das Proletariat sich bewaffnen werde zur siegreichen Durchführung der Weltrevolution.

Abg. Bell (Ztr.): In keiner Weise besteht beim Zentrum die Absicht, die kommunistische Fraktion im Reichstag durch eine Rechtsbeugung aktionsunfähig zu machen. Aber jede gewaltsame Aenderung der Staatsform muß verhindert werden, von welcher Seite auch immer sie ausgeht. Das von dem Berichterstatter vorgetragene Material verbietet es dem Zentrum, zugunsten der Beschuldigten Pfeiffer und Lindau die Haftentlassung zu beschließen. Es stimmt daher dem Ausschußantrage zu.

Der Demokrat Brodauf erklärt sich gleichfalls für den Ausschußantrag.

Abg. Henning (Nat.-Soz.): Die Linke spielt sich noch immer als Arbeitervertretung auf. Das trifft aber nicht zu. Wir vertreten die nationalen deutschen Arbeiter, die von der jüdischen Moskowiterei nichts wissen wollen. Sie (zu den Kommunisten) kämpfen für die jüdische Internationale. (Thälmann (K.) ruft dazwischen: Schuft, Heuchler! Er erhält einen Ordnungsruf.) Der Kampf geht zwischen uns allein: Hakenkreuz und Sowjetstern! Wir brauchen die Diktatur und zwar die völkische. (Lärmen bei den Kommunisten.)

Abg. Dr. Levi (Soz.): Die Frage der Freilassung der Verhafteten ist keine Frage der Sympathie oder Antipathie. Wäre auch nur ein Teil der Beschuldigungen zutreffend, so könnten wir nicht unsere Hand für die Befreiung der Inhaftierten bieten. Aber wohin drängt der stahlharte Wille der Henning und Ludendorff? Etwa wieder dahin, wohin im November 1923 nicht der Abgeordnete Ludendorff, sondern der General Ludendorff in München marschierte? Der Redner griff sodann die Bayrische Volkspartei an, welche Schuld habe, daß Männer wie Frick und Ludendorff im Reichstag säßen.

Abg. Thaelmann (Komm.): Wir fürchten das kommende Verbot unserer Partei nicht, welchem sogar die Sozialdemokratie zustimmen will. Wir wollen

Amtliche Berliner Devisenkurse.

	3. Juni		4. Juni		v. dem Kriege
	Geld	Brief	Geld	Brief	
Holland 100 Guld.	156,61	157,39	156,51	157,29	169,50
Buenos-Aires	1,355	1,363	1,345	1,355	1,78
Belgien 100 Fr.	18,55	18,65	18,85	18,85	81,00
Norwegen 100 Kr	56,36	56,64	56,36	56,64	112,50
Dänemark 100 Kr.	70,57	70,73	70,57	70,73	112,50
Schweden 100 Kr.	110,72	111,28	110,72	111,28	112,50
Finnland 100 M.	10,42	10,48	10,42	10,48	81,00
Italien 100 Lire	18,12	18,22	18,17	18,27	81,00
England	18,080	18,170	18,080	18,170	20,43
New York 1 D.	4,19	4,21	4,19	4,21	4,20
Paris 100 Frk.	21,45	21,55	21,55	21,65	81,00
Schweiz 100 Frk.	73,62	73,98	73,57	73,93	81,00
Spanien 100 Pes.	56,76	57,04	56,61	56,89	81,00
Japan	1,665	1,673	1,665	1,673	2,09
Rio de Janeiro	0,415	0,423	0,415	0,425	1,36
Wien 100 000 Kr	5,89	5,91	5,89	5,91	85,00
Prag 100 Kr.	12,24	12,30	12,24	12,30	85,00
Budapest 100 000	4,59	4,61	4,59	4,61	81,00
Sofia	2,99	3,01	2,99	3,01	81,00
Jugoslawien.	5,09	5,11	5,04	5,06	81,00

(Alles in Billionen Mark.)

Alle Zuteilungen 100 Prozent.

Der Dollar am 4. VI. 24

Dollarkurs Geld: 4,19, Brief: 4,21

das bürgerliche Parlament sprengen und an seine Stelle das Rätepariament setzen.

Abg. Prof. Dr. Kahl (D. Vp.): Der Vorredner erbrachte den besten Beweis für die im Ausschuß vorgebrachten Beschuldigungen.

Abg. Dittmann (Soz.): Wir werden trotz der Rede Thaelmanns für die Haftentlassung eintreten.

Unter lauten Pfuirufen der Kommunisten werden sodann die Ausschußanträge auf Ablehnung der Freilassung der Kommunisten Pfeiffer und Lindau mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien angenommen.

Die nächste Sitzung wurde auf heute nachmittag 5 Uhr zur Entgegennahme der Regierungserklärung angesetzt.

Die zweite Sitzung.

Die zweite Sitzung des Reichstags begann um 5 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Das Haus und die Tribünen sind stark besetzt, auch die Diplomatenloge weist nur wenige Lücken auf. Sofort nach Eröffnung erhielt der Reichskanzler das Wort zur Erklärung der Reichsregierung.

Den Inhalt der Erklärung geben wir in besonderem Artikel an der Spitze dieser Seite wieder.

Nach der Rede des Reichskanzlers vertagte sich das Haus.

Die Besprechung der Reichskanzlerrede beginnt morgen vormittag 10 Uhr. — Außerdem ist auf die Tagesordnung der Notetat für 1924 in erster und zweiter Lesung gesetzt.

Der Reichshaushalt für 1924.

hb Berlin, 3. Juni. Der Reichsrat erledigte in seiner heutigen Sitzung den Reichshaushalt für 1924.

Ministerialdirektor Sachs erstattete ein eingehendes Referat. Der Reichshaushalt für 1924 erscheint in völlig veränderter Gestalt. Nachdem eine Festlegung der Währung eingetreten war, galt es, den Haushalt auf Grund einer ganz neuen Schätzung der Einnahmen und Ausgaben aufzustellen. Nach dem Ausscheiden der Reichspost und der Reichseisenbahn aus dem Reichshaushaltsplan erscheinen auf der Ausgabenseite der allgemeinen Reichsverwaltung nur noch die Gehälter des Reichspost- und des Reichsverkehrsministers auf der Einnahmeseite etwaige Reinüberschüsse beider Unternehmungen, die an die Reichskasse abgeliefert werden. Die Zuschüsse für beide Verwaltungen sind fortgefallen.

Der Beamtenabbau, aus der Not entsprungen, ist für die betroffenen Beamten eine beispiellose Härte und für die beteiligten Behörden eine überaus peinliche und traurige Aufgabe. Das Begonnene muß aber zu Ende geführt werden, und, so bemerkte der Referent, es ist zu bedauern, daß Anträge, die im neuen Reichstag bereits eingebracht sind, der Reichsregierung hierbei in den Arm fallen wollen. Vom 1. Oktober 1923 bis zum 1. April 1924 sind insgesamt abgebaut worden: 134 507 Beamten (darunter 7207 der allgemeinen Reichsverwaltung), 20 197 Angestellte (darunter 24 350 der allgemeinen Reichsverwaltung), 232 134 Arbeiter (darunter 13 491 aus dem Gebiete der allgemeinen Reichsverwaltung), insgesamt 386 858 Köpfe oder 24,9 vom Hundert. Die erzielten Ersparnisse betragen 421 Millionen Mark (58 Millionen bei der allgemeinen Reichsverwaltung).

Im Laufe des Rechnungsjahres sollen bei der allgemeinen Reichsverwaltung noch weitere 142 819 Personen fortfallen, so daß der Haushalt der allgemeinen Reichsverwaltung um 16 482 Beamten entlastet wird.

Der Reichshaushaltsplan schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 6 Milliarden Mark ab. Der ordentliche Haushaltsplan der allgemeinen Reichsverwaltung weist in Einnahmen 8,3 Milliarden M auf.

Aus Steuern werden erwartet 4,1 Milliarden Mark, Einkommensteuer 1,5 Milliarden, Umsatzsteuer 1,4 Milliarden, Vermögenssteuer 376 Millionen, Beförderungssteuer 230 Millionen. Aus Zöllen und Verbrauchssteuerquellen sollen 1,09 Milliarden aufkommen, darunter aus Zöllen 160 Millionen, Tabaksteuer 360 Millionen, aus dem Branntweinmonopol 140 Mlionen.

Die Steuerüberweisungen an die Länder sind mit 1,8 Milliarden Mark eingesetzt.

Dem Einnahmebetrag von 5,3 Milliarden stehen gegenüber dauernde Ausgaben in Höhe von 5,1 Milliarden Mark, als einmalige Ausgaben in Höhe von 239,1 Millionen. Da bei den dauernden Ausgaben ein Zuschußbetrag für den außerordentlichen Haushalt in Höhe von 107 Millionen und ein Zuschußbetrag für den Haushalt zur Durchführung des Friedensvertrages in Höhe von 170,2 Millionen Mark veranschlagt ist, so bleiben an eigentlichen Ausgaben des ordentlichen Haushalts übrig 4,9 Milliarden M, zuzüglich der einmaligen Ausgaben 5,1 Milliarden Mark. Es ergibt sich daher ein Ueberschuß von 181 Millionen Mark, der zum Zwecke der Deckung der erwähnten 10,7 Millionen Mark des außerordentlichen Etats und 170,2 Millionen Ausgaben für die Durchführung des Friedensvertrages dienen kann. Der außerordentliche Etat der allgemeinen Reichsverwaltung zeigt einen Ausgabenbetrag von 733 Millionen, an Einnahmen stehen ihm gegenüber 252,5 Millionen und der Zuschuß des ordentlichen Haushalts von 10,7 Millionen, insgesamt also 263,2 Millionen. Hierzu treten ein Betrag von 469,7 Millionen, der als Deckung für den Fehlbetrag des Haushalts zur Durchführung des Friedensvertrages auf Anleihe zu nehmen ist.

Der Haushalt für die Ausführung des Friedensvertrages weist an Ausgaben im Ordinarium 461,6 im Extraordinarium 179,9, insgesamt 641,5 Millionen Mark auf. An Einnahmen stehen demgegenüber im ordentlichen Etat 20 600 Mark und im außerordentlichen Etat 1,5 Millionen, so daß sich ein Zuschußbedarf von 640 Millionen ergibt. Hiernach können 170,2 Millionen aus dem Ueberschuß des Haushalts der allgemeinen Reichsverwaltung gedeckt werden, so daß ein Fehlbetrag von 469,7 Millionen übrig bleibt, der als Anleihebedarf erscheint. Auf Reparationskonto werden insgesamt nur 72 Millionen gutgeschrieben, nämlich 20 Millionen für Rückzahlung auf die englischen Reparationsabgaben und 52 Millionen, die der Reichsbank für Einlösung eines belgischen Schatzwechsels zu erstatten sind. Es bleiben 569,5 Millionen, die der Abdeckung in der Reparationsschuld nicht zugute kommen, wiewohl der größte Teil dieses Betrages Zahlungen umfaßt, die durch die Besatzung im Westen verursacht sind.

Deutschland hat für den Unterhalt der Besatzungstruppen, die sich jetzt auf 200000 Mann belaufen, seit dem Waffenstillstand bis Ende 1923 5,2 Milliarden Goldmark aufgebracht. An Ausgaben sind für 1924 veranschlagt für die Reparationskommission 7,5 Millionen, für die Interalliierte Rheinlandkommission 353 Millionen, für die Interalliierten Ueberwachungsausschüsse für Landheer und See 10,2 Millionen. Diese Ausschüsse bestehen jetzt aus 222 Offizieren, 380 Mannschaften, 314 Köpfen deutschen Personals. Ihnen stehen 191 Personenkraftwagen zur Verfügung, die allein einen Kostenaufwand von über zwei Millionen Mark verursachen. Für den Unterhalt der Besatzungstruppen haben 166,3 Millionen, für Bau und Instandhaltung von Kasernen usw. 80,3 Millionen, für Besatzungskosten im Sanktions- und Ruhrgebiet, soweit deren Uebernahme unerläßlich ist, 53,1 Millionen Mark aufgebracht werden müssen.

Post und Eisenbahn liefern für 1924 keinen Reinertrag zur Reichskasse ab. Die Reichsdruckerei bringt einen Betriebsüberschuß von 1,4 Millionen. Den Fehlbetrag von 479,7 Millionen muß die Reichsfinanzverwaltung, da Anleihen zurzeit nicht unterzubringen sind, jeweils durch die Behebung von Rentenmarkschatzwechseln flüssig machen. Weitere Besoldungserhöhungen werden im Laufe des Etatsjahres nicht zu vermeiden sein. Wenn auch die Bezüge der Reichsbeamten auf durchschnittlich 80 vom Hundert der Vorkriegsbezüge gebracht worden sind, so bleiben angesichts der gesunkenen Kaufkraft die jetzigen Beamtenbezüge immer noch um 50 vom Hundert gegenüber den Vorkriegsbezügen zurück, ein Unterschied, der nach Ansicht des Referenten kaum auf die Dauer wird aufrecht erhalten werden können.

Der Reichsrat nahm die einzelnen Etats fast ohne Erörterung an.

Politische Umschau

Deutsches Reich.

Vom rheinischen Provinziallandtag.

wtb **Düsseldorf**, 4. Juni. (Tel.) Die Zeitungsnachricht, wonach die Besatzungsbehörde den ausgewiesenen Provinziallandtagsabgeordneten die Teilnahme an der Tagung des Provinziallandtages in Düsseldorf gestattet habe, ist verfrüht. Vielmehr schweben hierüber noch Verhandlungen zwischen dem Landeshauptmann und der Besatzungsbehörde, deren Ergebnis noch nicht abzusehen ist. Infolgedessen ist es auch noch zweifelhaft, ob der Provinziallandtag in Düsseldorf stattfindet.

Der Brief des Schauspieldirektors Coblin.

pw. **Düsseldorf**, 4. Juni. Drei Tage nach der Veröffentlichung in der sozialdemokratischen Düsseldorfer Volkszeitung erklärt Schauspielhausdirektor Coblin in den örtlichen Zeitungen, den von der Volkszeitung veröffentlichten Brief oder einen mit ähnlicher Tendenz, nie geschrieben zu haben. Coblin gibt indessen zu, in Düsseldorf in einem größeren Kreise die „nicht ernst gemeinte" Aeußerung getan zu haben: Bevor man die Leute aus ihren Privatwohnungen setzt, nehme man doch das Apollotheater, Groß-Düsseldorf oder meine Kiste, daraus könnte man in dieser ernsten Zeit genug Wohnungen machen. Aus dieser Bemerkung sei anscheinend die Intrige des Briefes gesponnen worden. — Auch der verhaftete Redakteur Schotte von der Düsseldorfer Volkszeitung ist wieder aus der Haft entlassen worden.

Der Mainzer Prozeß.

wtb **Mainz**, 4. Juni. (Tel.) Im Kommunistenprozeß vor dem französischen Kriegsgericht wurden in der Nachmittagssitzung, nachdem am Vormittag sämtliche Verteidiger ihre Mandate niedergelegt hatten, ein Kapitän und zwei Leutnants zu Verteidigern bestimmt. Die Verlesung der Anklageschrift nahm nahezu eine Stunde in Anspruch. Sämtliche Angeklagten verweigerten die Aussagen, da sie durch das Fehlen ihrer Rechtsbeistände in ihrer Verteidigung behindert seien. Darauf wurde auf Grund der in der Voruntersuchung gemachten Aussagen verhandelt. Um 5½ Uhr wurde die Sitzung auf Mittwochvormittag 8 Uhr vertagt.

Der Potsdamer Attentatsplan.

pw. **Berlin**, 4. Juni. Die Ermittlungen der Berliner politischen Polizei in der Angelegenheit des verhinderten kommunistischen Bombenattentats in Potsdam haben bisher ergeben, daß es sich um eine sehr weitgehende Aktion zu handeln scheint, die von den Kommunisten im ganzen Reich an verschiedenen Orten gleichzeitig beabsichtigt war. Die Meldung eines Berliner Spätabendblattes, daß im Zusammenhang mit dem Potsdamer Attentatsplan auch ein geplanter Anschlag auf den Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Noske, aufgedeckt worden sei, trifft jedoch, wie die Blätter aus dem Polizeipräsidium erfahren, nicht zu.

Aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen.

wtb **München**, 5. Juni. (Tel.) Laut einer Blättermeldung wurde der kommunistische Abgeordnete Anderl, der in der letzten Session des Landtages Vorsitzender der kommunistischen Fraktion war, aus dieser ausgeschlossen, offenbar deswegen, weil er sich weigerte, einen Revers zu unterschreiben, wonach die kommunistischen Abgeordneten kein Schweigegebot für vertrauliche parlamentarische Mitteilungen anerkennen.

Ergebnislose deutsch-polnische Verhandlungen.

* **Wien**, 3. Juni. Die den ganzen Monat Mai in Wien dauernden Verhandlungen zwischen der polnischen und der deutschen Abordnung über die Zuständigkeit in Staatsbürgerschaftsfragen in Oberschlesien sind ergebnislos geblieben. Mit dem nun erfolgten Ablauf der Frist tritt vereinbarungsgemäß die schiedsrichterliche Entscheidung durch den neutralen Vorsitzenden, den Belgier Kaeckenbeck ein, dem jetzt die beiderseitigen Ansprüche in endgültiger Fassung vorgelegt werden. Der Spruch ist nicht vor Monatsende zu erwarten.

Ausland.

Präsidentenwahl in der französischen Kammer.

wtb **Paris**, 4. Juni. (Tel.) Die Kammer hat in ihrer heutigen Sitzung die Wahl des Präsidenten der Kammer und kurz darauf die Wahl von vier Vizepräsidenten, drei Quästoren und acht Sekretären vorgenommen. Nach einer vorläufigen Feststellung, die aber vielleicht durch die Auszählung der Urnen noch eine Berichtigung erfahren wird, erlangte der Abg. Painleve 296 und Kriegsminister Maginot 209 Stimmen. 27 Stimmen der Kommunisten wurden auf den Namen des Abg. Marty, des ehemaligen Verurteilten der Schwarzmeerflotte, abgegeben.

Für das Frauenwahlrecht in England.

wtb. **London**, 3. Juni. Der Ständige Ausschuß des Unterhauses hatte mit 38 gegen 11 Stimmen einen Antrag des Arbeiterparteilers Adamson angenommen, der den Frauen vom 21. Lebensjahre an das Stimmrecht in demselben Umfang wie den Männern gewährt. Wie der Staatssekretär des Innern, Arthur Henderson, dazu ausführte, wünschte die Regierung, daß beiden Geschlechtern vom 21. Lebensjahre an das Stimmrecht gewährt werde. Für den Fall, daß die Vorlage Gesetz wird, wird die Wählerschaft durch den Hinzutritt von rund 4½ Millionen Frauen verstärkt. Bisher konnten nur Frauen über 30 Jahre wählen.

Ablehnung des Gesetzes über die deutsche Hilfe im Senatsausschuß.

FZ. **Washington**, 3. Juni. Das Gesetz über die deutsche Hilfe, welches nach der Fassung, die es im Hause der Repräsentanten bekommen hat, die Regierung ermächtigt, 10 Millionen Dollar zu bewilligen, wurde praktisch zu Fall gebracht, da der Senatsausschuß für auswärtige Beziehungen, wie eine Kabelnachricht der Frankf. Ztg. meldet, mit 11 gegen 6 Stimmen sich gegen die Resolution des Abgeordneten Fish aussprach, wonach die 10 Millionen Dollar angewiesen werden sollten. Ebenso wurde mit 11 gegen 5 Stimmen der Vorschlag abgelehnt, eine Anleihe für die deutsche Hilfe zu machen. Mit 9 gegen 6 Stimmen wurde schließlich die Resolution abgelehnt, welche eine Untersuchung der deutschen Kriegsschuld verlangt.

Arbeitsfragen.

Nach Beendigung des Ruhrkonflikts.

wp. **Bochum**, 4. Juni. Die Reichsregierung hat für die infolge der Rückwirkungen der Bergarbeiterbewegung auf die Ruhrindustrie erwerbslos gewordenen Arbeiter, welche nicht für die städtische Erwerbslosenfürsorge in Frage kommen, einen Gesamtbetrag von einer Million Goldmark zur Verfügung gestellt, welche nach einem Schlüssel auf die Ortsverwaltungen des Industriegebiets verteilt werden.

wp. **Bochum**, 4. Juni. Die völlige Arbeitsaufnahme auf dem Bochumer Verein kann erst in der Woche nach Pfingsten erfolgen. Infolge Gas- und Strommangels müßte die Produktion des Werkes auf 45 Prozent beschränkt werden. Von der Gesamtbelegschaft sind noch 4300 Mann arbeitslos.

Lohn und Arbeitszeit der Schiffahrt.

wp. **Dortmund**, 4. Juni. Die Verhandlungen über die Lohn- u. Arbeitszeitregelung in der westdeutschen Kanal- und Weserschiffahrt, die gestern unter dem Vorsitz des Reichskommissars Mehlich in Hamm stattfanden, sind ergebnislos verlaufen. Am 11. Juni wird ein Schiedsgericht in Hamm zu den Streitpunkten in der Binnenschiffahrt Stellung nehmen.

Transportarbeiterstreik in Hamburg.

pw. **Berlin**, 4. Juni. Nach einer Blättermeldung aus Hamburg streiken dort die Transportarbeiter des gesamten gewerblichen Fuhrwesens. Die Reichseisenbahndirektion Altona hat sich infolgedessen genötigt gesehen, die Gütersperre anzuordnen. Es wird nur noch Eil- und Expreßgut befördert.

Der Ausstand in den Berliner Brauereien.

pw. **Berlin**, 4. Juni. Durch den Ausstand im Berliner Brauereigewerbe sind den Blättern zufolge 16 Brauereien mit etwa 6000 Arbeitern in Mitleidenschaft gezogen. Die Arbeitsniederlegung war gestern nur teilweise durchgeführt, dürfte aber heute eine weitere Ausdehnung erfahren.

Neue Forderungen der Eisenbahnarbeiter.

hb **Berlin**, 3. Juni. Heute war im Reichsverkehrsministerium eine Vorbesprechung über Verhandlungen betreffend Erhöhung der Arbeiterlöhne. Die Arbeiterorganisationen unterbreiteten dem Vertreter der Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahn eine Forderung auf Erhöhung der Löhne um 30 v. H. Der Vertreter der Hauptverwaltung forderte eine Begründung. Die Vertreter der Organisationen wiesen darauf hin, daß es sich lediglich um eine Vorbesprechung handle, daß man noch nicht amtlich in Verhandlungen mit der Hauptverwaltung eingetreten sei, und daß es deshalb noch nicht als notwendig angesehen werde, jetzt schon die Forderungen im einzelnen zu begründen. Ueberdies bedürften die Forderungen keiner näheren Begründung, da die Notwendigkeit einer Einkommensverbesserung bei den Beamten durch das Reich anerkannt sei. Es wurde auf die großen Unterschiede zwischen dem Einkommen der Beamten und Arbeiter hingewiesen. Demgegenüber betonte der Vertreter der Hauptverwaltung, daß die Löhne der Eisenbahnarbeiter sich nicht nach dem Einkommen der Beamten, sondern nach dem Einkommen der Privatarbeiter richteten. Gegen diese Politik wurde von gewerkschaftlicher Seite Einspruch erhoben, da die Wechselwirkung zwischen den Beamten und Arbeitern, die teilweise dieselbe Arbeit verrichteten, auch bei der Bemessung des Einkommens berücksichtigt werden müsse. Der Vertreter der Verwaltung erklärte, daß er die Forderungen der Organisationen dem Direktorium der deutschen Reichsbahn vorlegen werde. Auf die Frage, wann verhandelt werden könne, erwiderte er, daß er einen bestimmten Tag noch nicht festsetzen könne, da der Minister erkrankt sei. Staatssekretär Voigt weile in Paris und Staatssekretär Frank sei in München. — Von allen Organisationen wurde auf den Ernst der Lage hingewiesen und betont, daß es unbedingt erforderlich sei, wolle man Schlimmeres verhüten, daß schon in den nächsten Tagen verhandelt werde.

Auch die Beamten und Arbeiter der Privatbahnen haben die jetzt geltenden Tarifverträge gekündigt. Sie verlangen die Neuregelung der Grundgehälter und Löhne entsprechend den vom Reich bewilligten Erhöhungen. Im übrigen ist unter den Eisenbahnern im Freistaat Danzig in der Frage der Gehalts- und Lohnerhöhungen eine starke Beunruhigung eingetreten und, wie von dort gemeldet wird, sind Vorbereitungen für einen Ausstand getroffen. — In Bayern macht sich gegenwärtig eine starke Strömung der Eisenbahnarbeiter gegen die Bestimmungen über die Arbeitszeit bemerkbar. Auf einzelnen Münchener Bahnhöfen sind bereits Urabstimmungen vorgenommen worden, in denen die Mehrheit der Eisenbahnarbeiter sich gegen eine Verlängerung der achtstündigen Arbeitszeit aussprach.

Die Arbeitslosigkeit in Polnisch-Schlesien.

wtb. **Königshütte**, 4. Juni. Dem Oberschlesischen Kurier zufolge erteilte die polnische Regierung, um die angekündigte Schließung der Königshütte, wodurch über 5000 Arbeiter brotlos würden, zu verhüten, größere Aufträge, so daß der Betrieb über den 16. hinaus fortgeführt werde, zumal der Hütte Kreditvergünstigungen zugebilligt wurden. Die Wojewodschaft Kattowitz forderte zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit im oberschlesischen Industriegebiet eine Million Zloty telegraphisch bei der Warschauer Regierung an.

Internationaler Gewerkschaftskongreß.

wtb. **Wien**, 4. Juni. (Tel.) Auf dem internationalen Gewerkschaftskongreß hielt Oudegeest-Holland ein längeres Referat über die internationale Sozialgesetzgebung, worin er unter Hinweis auf die in der letzten Zeit wesentlich veränderten politischen Verhältnisse betonte, daß eine Lösung der Reparationsfrage zu erhoffen und dadurch ein Aufschwung der Industrie und das Aufhören der Arbeitslosigkeit zu erwarten sei. Zu dem Thema „Arbeiteraktion gegen Krieg und Militarismus" verlangt d'Aragona-Italien, daß die Amsterdamer Internationale durch Aufklärung von vornherein jeden Krieg unmöglich machen müsse. Die Arbeiterklasse müsse die Regierungsgewalt anstreben, um die staatlichen Machtmittel in die Hand zu bekommen. Dann werde jeder Krieg unmöglich sein. Zu dem Thema: „Der Achtstundentag" betonte Merten-Belgien, daß der Internationale Gewerkschaftskongreß der Arbeiterklasse bei der Verteidigung dieser Errungenschaft mit allen Mitteln beistehen werde. Die weitere Beratung der zur Verhandlung stehenden Gegenstände wurde den Kommissionen zugewiesen.

Anschlag auf eine Funkstation

pw. **Berlin**, 4. Juni. In der Nacht von Sonntag auf Montag wurde laut Voss. Ztg. von unbekannten Tätern ein Drahtseil, das die 300 Meter langen Masten der Funkstation Königswusterhausen verbindet, durchschnitten. Die Kriminalpolizei ist mit Ermittlungen darüber beschäftigt, ob es sich nur um einen einfachen Metalldiebstahl oder aber um einen Sabotageversuch aus politischen Gründen handelt.

pw. **Berlin**, 4. Juni. (Privattel.) Zu dem Anschlag auf die Großfunkstation Königswusterhausen teilt das Berl. Tagebl. noch mit, daß infolge Durchschneidens des Drahtseiles gestern abend das ganze Antennen-Netz krachend zur Erde stürzte. Die Wächter wollen zu der fraglichen Zeit zwei verdächtige Personen auf dem Gelände der Station bemerkt und auf sie mehrere Schüsse abgegeben haben. Der durch den Anschlag angerichtete Schaden ist bedeutend. Der Betrieb der Funkstation ist nicht gestört, da die zerstörte Antenne nur zu Versuchszwecken Verwendung fand. Die Berliner Kriminalpolizei ist weiterhin bemüht, die Angelegenheit aufzuklären.

Aus Nah u. Fern.

Faßfabrik niedergebrannt.

pw. **Bonn**, 4. Juni. Einem Großfeuer, dessen Ursache noch unbekannt ist, fiel die Faßfabrik Josef Nuland in Meckenheim zum Opfer. Das Feuer sprang schnell auf die ganze Fabrikanlage über und fand in dem trockenen Holz reichlich Nahrung. Die Fabrikanlagen sind bis auf die Mauern niedergebrannt. Der Schaden ist sehr beträchtlich.

Ein gewissenloser Hypnotiseur.

* **Duisburg**, 3. Juni. Das Schöffengericht verurteilte einen Homöopathen, der die dreizehnjährige Tochter eines Schußmachermeisters hypnotisiert und sich darauf an dem Kinde vergangen hatte, zu 2½ Jahren Zuchthaus bei sofortiger Verhaftung.

Todesurteil gegen einen Gattenmörder.

* **Krefeld**, 3. Juni. Vor dem hiesigen Schwurgericht wurde an vier Sitzungstagen gegen den Stadtsekretär Hans Holstegs verhandelt, der wegen Ermordung seiner Frau unter Anklage stand. Seine Frau war am 1. Dezember vorigen Jahres plötzlich verschwunden. Am 19. Dezember wurde Holstegs verhaftet, weil sich der Verdacht verdichtete, daß er einer Liebschaft wegen seine Frau im Rhein ertränkt habe. Am Abend des 1. Dezember war nämlich schräg gegenüber Uerdingen eine Frau, die um Hilfe rief, in den Wellen des Stromes untergegangen. Die Anklage stützte sich auf eine Reihe von verdächtigen Umständen, die darauf hindeuteten, daß Holstegs seine Frau an den Rhein gelockt und in den damals Hochwasser führenden Strom gestoßen habe. Holstegs bestritt die Schuld. Er trat einen Alibibeweis an, der es nötig machte, daß in der Verhandlung über 100 Zeugen vernommen werden mußten. Der Prozeß, der in der hiesigen Bevölkerung allgemeine Aufmerksamkeit erregte, konnte erst am heutigen Abend nach 9 Uhr zu Ende geführt werden. Das Gericht hatte keinen Zweifel, daß Holstegs der Mörder seiner Frau gewesen ist. Es erkannte gegen ihn auf Todesstrafe und auf Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte. Eine mehrtausendköpfige Menge umsäumte das Gerichtsgebäude, um von dem Urteilsspruch Kenntnis zu erhalten.

Nächtliche Räuber.

* **Jülich**, 3. Juni. In einer der letzten Nächte ist auf die einsam am Wege Aldenhoven-Pattern gelegene Wirtschaft der Geschwister Sommer ein frecher Raubüberfall verübt worden. Drei vermummte Männer drangen nach Aushebung einer Fensterscheibe in das Haus ein und überraschten die Brüder Jakob und Bernhard Sommer im Schlaf. Mit vorgehaltenen Pistolen zwangen sie die Brüder in ein leeres Zimmer, das sie abschlossen. Dann drangen sie in das Schlafzimmer von zwei Schwestern ein, zwangen sie, das bare Geld herauszugeben, und sperrten sie hiernach in das Zimmer der dritten Schwester ein. Schließlich durchwühlten sie alle Räume. Sie sind mit ihrer Beute unerkannt entkommen.

Mord und Selbstmord.

* **Coesfeld**, 3. Juni. Auf der Wachstube der Schupo im hiesigen Bürgermeisteramt erschoß nach einem Wortwechsel ein Schupowachtmeister seinen Kollegen. Dann richtete er die Waffe gegen sich selbst und brachte sich eine lebensgefährliche Verletzung bei. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er auf den Tod darniederliegt.

Falschmünzer festgenommen.

* **Gelsenkirchen**, 3. Juni. Es gelang der Polizei, einen Falschmünzer in der Schwanenstraße zu verhaften. Es handelt sich um einen Ingenieur, der in einer Wirtschaft dadurch auffiel, daß er lauter neue Zweimarkscheine ausgab. Der Wirt schöpfte Verdacht und machte die Polizei darauf aufmerksam, die dann eine Untersuchung in der Wohnung des betreffenden Ingenieurs vornahm, wobei 2c Falschgeld in Höhe von 400 Mark beschlagnahmt, ferner die Platte und sämtliches Druckzubehör. Der Festgenommene will seine Mitschuldigen nicht nennen.

* **Castrop**, 3. Juni. Ein hiesiger Auftreiber wurde dabei ertappt und festgenommen, als er falsche Zehn-Billionenscheine an den Mann zu bringen versuchte. Bei einer Haussuchung wurde noch eine ganze Anzahl solcher Falschscheine vorgefunden.

Benutzt die Leihbibliothek der Buchhandlung Carl Braus, Bahnhofstraße 31

Da möcht ich sein!

Dort, wo ein treues Herz mich liebt,
Ein roter Mund mir Küsse gibt,
Da möcht ich sein;
Wo lachend mir ihr Auge blinkt,
Die Frauenhand „Willkommen!" winkt,
Da möcht ich sein!

Dort, wo ein holder Kindermund
„Lieb' Vater!" spricht aus Herzensgrund,
Da möcht ich sein;
Wo meines Kindes Augenpaar
Mich grüßt mit Liebe rein und klar,
Da möcht ich sein!

Dort, wo mein Heim ist aufgebaut,
Wo mir das Glück blüht lieb und traut,
Da möcht ich sein;
Wo Freude mir vom Herzen quillt
Und alle Sehnsucht wird gestillt,
Da möcht ich sein!

Otto Kaber.

Aus Stadt und Umgebung.

Schwerte, den 5. Juni 1924.

Bonifatius.

Am heutigen Tage ist die 1200jährige Wiederkehr des Tages, an dem der hl. Bonifatius die Donareiche zu Geismar fällte. Diese war dem Gotte Thunar (altsächsisch) oder Donar (althochdeutsch) geweiht. Die alten Deutschen, die damals noch Heiden waren, verehrten ihn als Gott des Gewitters und er verlieh als solcher der Erde Fruchtbarkeit. Angst und Bangen mag die Brust der Germanen durchzuckt haben, wie sie sahen, daß Bonifatius das Beil an den geweihten Baum anlegte. Sie, die sie eng mit ihrem Heimatboden verbunden waren und deren Phantasie in dem Rauschen der Linde, dem Murmeln des Waldbaches den Willen der Götter erblickten, erwarteten, daß Donar den „Frevler" mit einem Blitze erschlagen würde. Doch das Erhoffte traf nicht ein. Sie sahen, daß der Christengott stärker war als der Gott des Gewitters. Viele ließen sich taufen. So hatte der Bischof der Deutschen endlich nach mühevoller, harter Arbeit einen größeren Erfolg. Während dieser Zeit entstanden verschiedene Klöster, wie Fritzlar, Kitzingen, Fulda u. a. Dann übernahm er die Organisation der bayrischen und mitteldeutschen Kirche. Bei seiner letzten Missionsreise nach Friesland wurde er am 5. Juni 755 bei Dokkum an der Unterweser erschlagen. Sein Leichnam wurde in Fulda beigesetzt, wo ihm 1842 eine von Henschel gearbeitete Statue errichtet wurde. Ein ewiges Denkmal aber wollen wir ihm, den Apostel Deutschlands, in unseren Herzen errichten. Ist er nicht ein leuchtendes Vorbild in unserer heutigen Zeit, wo so manche glauben, ohne Religion ein neues Vaterland errichten zu können? Wohin der Weg führt, hat die Geschichte gelehrt. Arbeiten wir für das Christentum im Sinne des hl. Bonifatius, dann werden wir einen gesunden Staat und zufriedene Staatsbürger schaffen. T. Sch.

—* **Wetteraussichten bis Freitag Abend:** Wieder stärker bewölkt und zeitweise Regen sowie vorübergehend wärmer bei südlichen bis westlichen Winden; später bei nordwestlichen Winden kälter und aufklärend.

—* **Obst- und Gartenbaulehranstalt.** Wie alljährlich finden auch in diesem Jahre an der Obst- und Gartenbaulehranstalt in Herford wieder Lehrkurse über Obst- und Gemüseverwertung für Damen statt. Die Kurstage sind wie folgt festgelegt worden: 1. Ein fünftägiger Kursus am 23. Juni, 28. und 29. Juli, 2. und 3. Oktober; 2. ein fünftägiger Kursus am 24. Juni, 31. und 1. August, 3. und 4. Oktober; 3. ein fünftägiger Kursus am 26. Juni, 4. und 5. August, 6. und 7 Oktober; 4. ein fünftägiger Kursus am 27. Juni, 7. und 8. August, 7. und 8. Oktober. Ein viertägiger Kursus für Damen aus weiterer Entfernung findet statt am 21. bis 24. Juli. Für die Teilnahme an dem Kursus sind 12.— Mark und 5.— Mk. Einschreibegebühr zu zahlen. Die Anmeldungen müssen acht Tage vor Beginn des betreffenden Kursus an die Obst- und Gartenbaulehranstalt in Herford gerichtet sein. Der Anmeldung ist die Einschreibegebühr beizufügen.

—* **Die Arbeitsmarktlage in Westfalen und Lippe.** Das Gesamtbild der Arbeitsmarktlage in Westfalen und Lippe zeigt gegenüber der Vorwoche eine Verschlechterung. Kapitalmangel und Absatzschwierigkeiten haben bereits in verschiedenen Bezirken zu neuen Betriebseinschränkungen und Entlassungen geführt. Zwar hat die Erwerbslosenfürsorge durch diese neuerliche Verschlechterung eine wesentlich stärkere Belastung im allgemeinen zunächst noch nicht erfahren, doch dürfte für die allernächste Zeit damit zu rechnen sein, da auch die Anmeldung offener Stellen in allen Industrie- und Gewerbezweigen zurückgegangen ist. Alle Anzeichen deuten auf einen Rückgang der bisherigen Besserungserscheinungen des Arbeitsmarktes hin. — Der Geschäftsgang in der metallverarbeitenden Industrie unterlag teilweise bedeutenden Schwankungen. Aus verschiedenen Bezirken gingen Berichte über Arbeitsstockungen und Entlassungen ein. Die Hauptschwierigkeiten liegen auch hier in der immer stärker werdenden Kreditnot. Teilweise sind es auch die ungünstigen Einflüsse der Bergarbeiteraussperrungen, die sich hauptsächlich in den Randgebieten des unbesetzten Gebietes nachteilig bemerkbar machen. Im Bezirk Soest kommt eventuell ein größeres Werk mit rund 750 Arbeitskräften wegen Kapitalknappheit völlig zum Erliegen. Verhandlungen hierüber sind allerdings noch im Gange. Ebenso kam es in der Emailleindustrie im Bezirk Ahlen wieder zu neuen Entlassungen wegen Kapital- und Absatzmangel. In der Industrie für Steine und Erden lassen die Beschäftigungsverhältnisse besonders in den Geseker Kalk- und Zementwerken noch immer sehr zu wünschen übrig: von etwa 600 bis 700 Arbeitern können zurzeit nur 200 in Kurzschichten beschäftigt werden. Dazu kommt noch die allgemeine Kreditnot auch hier und der Arbeitskampf im Ruhrbergbau, deren Folgewirkungen sich auch hier für die baldige volle Wiederinbetriebnahme der Kalk und Zementwerke sehr ungünstig bemerkbar machen.

—* **Zur Ausgabe der neuen Silbermünzen** wird den „Leipziger Neuesten Nachrichten" von einem Leipziger Bankbeamten (H. T.) geschrieben: Allmählich kommen die vom Reichsfinanzministerium angekündigten Silbermünzen — Ein- und Drei-Markstücke — in den Verkehr. Bei der Betrachtung einer größeren Anzahl dieser Münzen machte ich folgende Beobachtung: Während unsere alten Reichssilbermünzen auf dem Rand die Inschrift „Gott mit uns" trugen, hat man diesesmal die Zeile aus dem Deutschlandlied „Einigkeit und Recht und Freiheit" als Umdruck gewählt, obgleich ja bekanntlich das deutsche Volk weder „einig" ist, noch sich — unter dem Stiefelabsatz der Franzosen und nach dem Schandvertrag von Versailles — irgendwelcher „Freiheit" erfreut. Interessant ist es nun, daß der Münzstätte E. scheinbar ein Mißgeschick unterlaufen ist, das zwar nicht gerade vertrauenerweckend für die neuen Silbermünzen klingt, für Sammler aber sicherlich bedeutenden Wert hat. Statt „Einigkeit und Recht und Freiheit" liest man durch Ineinanderprägen zweier aufeinander folgenden Worte folgende Variationen:

Einigkeit Unrecht und Freiheit.
Einigkeit Unecht und Freiheit.
Einigkeit und echt und Freiheit.

Der letzte „Druckfehler" mag ja noch zu verzeihen sein. Es wird wahrscheinlich eine Jagd auf die silbernen Dreimarkstücke einsetzen, wie seinerzeit auf die 3-Pfennig-Briefmarken mit dem Aufdruck „Dfutsches Reich" statt „Deutsches Reich", und mancher wird nicht nur den Pfennig einige Male umdrehen, ehe er ihn ausgibt, sondern erst recht den „Taler", um so mehr, als derselbe vielleicht als Sammlerobjekt größeren Wert hat.

—* **Vorzeitiges Oeffnen der Eisenbahnwagentüren.** Immer mehr beobachtet man, daß Reisende bei der Ankunft auf ihrer Zielstation die Tür ihres Abteils schon öffnen, bevor der Zug am Bahnsteig zum Halten gekommen ist. Die geöffneten Türen bewegen sich dann in bedrohlicher Nähe der auf dem Bahnsteig stehenden Personen vorbei und schlagen beim Halten mit lautem Krach an die Wagenwand. Dem gar nicht ins Gewicht fallenden Vorteil, einige Sekunden früher herauszukommen, stehen viele Nachteile, ja Gefahren gegenüber. Zunächst setzt sich der Täter der Gefahr des Verunglückens aus, wenn er vielleicht noch mit Gepäck aus dem noch nicht ganz still stehenden Zuge springt und mit draußen Stehenden wahrscheinlich auch noch aneinandergerät, sodaß auch diese noch zum mindesten eine Beule, Quetschung oder ähnliches, wenn nicht schlimmeres abbekommen. Dazu kommt durch den heftigen Anprall die Gefahr der Beschädigung des Wagens, bestehend in zerbrochenen Fensterscheiben und dergleichen, für die der eilige Fahrgast aufkommen muß. Vor dieser Unsitte muß umsomehr gewarnt werden, als die Reichsbahn in letzter Zeit eine größere Zahl von stärkeren Lokomotiven in den Dienst gestellt hat, sodaß die Züge schneller in Gang und zum Halten kommen.

Aus den Provinzen

Deckeneinsturz im Hauptbahnhof.

Hagen, 4. Juni. Aus unaufgeklärter Ursache stürzte vergangene Nacht gegen 2 Uhr die Decke der kleinen Seitenunterführung ein. Eine Personenverletzung ist glücklicherweise nicht vorgekommen, da der Eingang während dieser Zeit geschlossen war.

Wechsel in der Leitung der Polizeiverwaltung.

Hagen, 3. Juni. Der staatl. Polizeiverwalter, Regierungsrat Bonte, ist zum Leiter der Polizeiverwaltung in Hamm ernannt worden. Er hat sich durch sein gerechtes und sachliches Handeln die Wertschätzung und Hochachtung seiner Beamten erworben und auch in der Bürgerschaft ein gutes Andenken hinterlassen. Zu seinem Nachfolger ist Regierungsrat Ifenrath, früher in Buer tätig, ernannt worden. Regierungsrat Ifenrath hat sein Amt bereits angetreten.

Selbstmord.

Iserlohn, 4. Juni. Gestern mittag kurz nach 1 Uhr wurde die Schutzpolizei nach der unteren Baarstraße gerufen. Daselbst hatte sich der Arbeiter Kilian Schreiber mit einem Rasiermesser die Gurgel durchschnitten und die Pulsadern geöffnet. Der Beweggrund dieser Tat ist darin zu suchen, daß ein dort wohnendes junges Mädchen, mit dem er seit längerer Zeit ein Liebesverhältnis unterhalten hatte, auf Drängen der Eltern und Geschwister nichts mehr von ihm wissen wollte. Schreiber, der übrigens verheiratet ist und vier Kinder hat — seine Familie soll in Dortmund wohnen — wurde auf Anordnung des hinzugerufenen Stadtarztes mittels Krankenwagen ins Krankenhaus Bethanien geschafft. Die Verletzungen sind derart schwer, daß er kaum mit dem Leben davonkommen wird.

Ein eigenartiger Antrag.

Iserlohn, 5. Juni. Zu der heute stattfindenden zweiten Stadtverordnetensitzung liegt ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion vor, in dem Ausschließung der Stadtverdneten und Magistratsmitglieder bei der Vergebung städtischer Arbeiten gefordert wird. Dieser Tendenzantrag, in dem den Stadtverordneten das Recht des freien Wettbewerbs abgesprochen werden soll, ist durch nichts begründet, da offensichtliche Verstöße gegen Treu und Glauben von den ein Stadtverordnetenamt bekleidenden Gewerbetreibenden nicht vorgekommen sind.

Ein Hochzeitswagen verunglückt.

Geseke, 4. Juni. Das Pferd eines Hochzeitswagens scheute vor dem Seil, das Kinder nach altem Brauch gespannt hatten. Beim Einbiegen von der Lüdischen Straße in die Kuhstraße schlug der Wagen um. Die Insassen wurden herausgeschleudert und mehr oder weniger verletzt in ein benachbartes Haus gebracht.

Zwei Personen ertrunken.

Altersloh, 4. Juni. Beim Baden in der Werse sind gestern ein junger Mann aus Sterkrade, der hier zu Besuch weilte, und ein junger Mann aus Münster ertrunken. Die Leichen wurden heute morgen geborgen.

Herabsetzung des Milchpreises.

Hamm, 4. Juni. Seit heute ist hier der Milchpreis von 21 auf 22 Pfennig je Liter herabgesetzt worden.

Soll man's für möglich halten?

Olpe, 4. Juni. Ein kaum glaubliches Bürokratenstückchen hat sich das Postamt Olpe geleistet. Bei einer Firma in Haltern lief dieser Tage eine von dem genannten Postamt ausgestellte Postanweisung in Höhe von 1 Rentenpfennig ein. Der Betrag war bezeichnet als Ersatzbetrag für ein Paket mit fünf Dutzend Strümpfen, das am 23. Oktober vorigen Jahres verloren gegangen war. Fürwahr, eine fürstliche Entschädigung!

Ein ganz Schlauer.

Jestädt, 3. Juni. Durchgebrannt ist am letzten Freitag unser Ortsdiener. Von der Gemeinde war er beauftragt worden, der Kreiskasse einen größeren Geldbetrag zu überbringen, von wo er nicht wieder zurückgekehrt ist. Alles Suchen nach ihm war vergebens, bis der Bürgermeister eine Postkarte aus Kassel erhielt, auf der er mitteilte, daß er sich auf der Reise nach Luxemburg befinde und daß das von ihm unterschlagene Geld auf das während seiner Dienstzeit zu wenig gezahlte Gehalt verrechnet werden möge.

Ein erfolgreicher Gaunertrick.

Essen, 4. Juni. In einem Essener Geschäftshause wurde von einer Frau beim Kaufe eines geringwertigen Gegenstandes eine Reichsbanknote aus der Inflationszeit in Zahlung gegeben. Die Kassiererin, die den Schein für eine gültige Fünfhundertgeldmarknote hielt, zahlte der Betrügerin 492 Billionen zurück. Erst später wurde die in Zahlung gegebene Banknote als wertloses Papier erkannt. Die bisherigen Ermittelungen nach der Schwindlerin waren erfolglos; sie wird wie folgt beschrieben: zirka 25 Jahre alt, 1.69 Meter groß und schwarzes Haar und trug ein schwarzes Seidenkleid. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Betrügerin auch in anderen Städten in gleicher Weise vorgeht.

Der Student als Kuppler.

Münster, 3. Juni. Der 24jährige Sohn des verstorbenen hiesigen Stadtarztes Dr. Kreke, ein Jura-Studierender, wurde vom Landgericht Münster wegen Kuppelei zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. K. hatte in Abwesenheit seiner Angehörigen in deren Hause im Mittelpunkt der Stadt aller Beschreibung spottende nächtliche Orgien veranstaltet und sich von seinen Freunden und Bekannten, die er dazu einlud, dafür entschädigen lassen.

Opfer des Todes.

Remscheid, 4. Juni. Im Teiche am Kellerhammer ertrank ein 18jähriger junger Mann beim Baden, während seine drei jüngeren Brüder am Ufer standen. Seine Leiche konnte erst nach stundenlangem Suchen geborgen werden. — Im Teufelsteich an der Oelmühle, wo erst vor einigen Tagen ein Mann beim Baden ertrunken war, stürzte sich eine ältere Frau wegen Familienstreitigkeiten ins Wasser und ertrank, ehe Hilfe gebracht werden konnte. — Ein 19jähriges Mädchen sprang in Gegenwart eines 18jährigen Begleiters nachts in den Teich an der Ibacher Mühle. Durch ihre Hilferufe wurden in dortigen Baracken wohnende Arbeiter alarmiert, die noch ihren letzten Ruf: „Gute Nacht, liebe Mutter!" hörten. Erst nach Ablassung des Teiches konnte die Leiche geborgen werden. Das Gericht wird sich noch mit der Aufklärung dieses Falles zu beschäftigen haben. — Ein junges Mädchen ging mit einer brennenden Kerze in den Keller. Ihre Kleider gerieten in Brand, und sie trug so schwere Wunden davon, daß sie im Krankenhause daran starb. Die Eltern, die die Flammen ersticken wollten, wurden an den Händen schwer verletzt.

In den Schloßweiher gefahren.

Benrath, 4. Juni. Hier fuhr nachts ein Auto in den Schloßweiher. Die Insassen des Kraftwagens kamen mit dem Schrecken und einer kalten Dusche davon. Der Wagen wurde am nächsten Tage aus dem Teiche gezogen.

Vermischtes.

Die Tochter Rasputins in Paris.

Die jüngste Tochter Rasputins, Maria Gregorjewna, hält sich seit einigen Wochen in Paris auf. Sie befindet sich in einer äußerst bedauernswerten wirtschaftlichen Lage und war nach Paris gekommen, um einen Verleger für ihre Denkwürdigkeiten zu finden. Sie möchte sich als Schauspielerin ständig in Paris niederlassen und steht gegenwärtig auch mit mehreren Theaterdirektoren in Verhandlung.

Ein französischer Journalist suchte nun dieser Tage die Tochter des allmächtigen Ratgebers der letzten Zarin auf. Maria Gregorjewna erzählte dem Journalisten über die glücklichen Tage ihrer Kindheit, die in Sibirien in der malerischen Gegend von Zaritovskaja verflossen waren. Dort lebte Rasputin mit seiner Familie als einfacher Ackerbauer.

„Mein Vater war kein Mönch, erklärte Rasputins Tochter, er war ein Muschik, ein russischer Bauer von ausnehmend seltenem Scharfsinn und hatte ein ganz besonders Interesse für religiöse Fragen. Unter dem Einfluß seiner Lektüren sah er oft mystische Visionen und unternahm große Wallfahrten, die ihn monatelang von seinem heimatlichen Dorfe fernhielten. Trotz seiner eifrigen Studien ist er nie Theologe im eigentlichen Sinne des Wortes geworden und selbst als er bereits zum höchsten Gipfel seiner Macht angelangt war, unterschieden sich seine Ansichten über Leben und Welt gar nichts von denen eines einfachen russischen Bauern.

Als Rasputin mit seinen Angehörigen nach Petersburg übersiedelt war, lebten sie anfangs in einer kleinen bescheidenen Wohnung in einer der Vorstädte von Petersburg. Von seinen hohen Gönnern hat zwar Rasputin stets viel Geld erhalten, er verwendete jedoch den größten Teil der fürstlichen Geschenke auf zur Linderung der Not. Unzählige Bettler meldeten sich täglich bei ihm und nur selten verließ einer mit leeren Händen sein Haus.

„Nichts ist charakteristischer," erzählte Rasputins Tochter, „für die Reinheit und apostolische Heiligkeit seines Lebens als der Umstand, daß er, der sich schwere Millionen hätte erwerben können, fast ganz arm gestorben war. Als nach seinem Tode die Behörden sein Haus beschlagnahmt hatten, fanden sie alles in allem dreitausend Rubel vor. Das war die ganze Nachlassenschaft des gefürchteten Rasputin, des allmächtigen Politikers, des Vertrauten der Zarin."

Jede Woche führte Rasputin einmal im Geheimen seine beiden Söhne zur Zarin. Die Herrscherin fand stets Gefallen an den Kindern ihres Ratgebers und überhäufte die Kleinen fast jedesmal mit Geschenken.

In der Nacht auf den 17. Dezember 1916, erzählte Maria Gregorjewna, trat Rasputin ins Zimmer seiner Kinder ein, umarmte sie und nahm von seiner Frau Abschied.

„Ich muß eiligst," sagte er zu seiner Gattin, „Jussupow aufsuchen. Ich möchte aber nicht, daß jemand davon erfahre". Er entfernte sich und kehrte nicht mehr zu den Seinen zurück.

Nach dem tragischen Tode Rasputins verließen seine Angehörigen für immer die russische Hauptstadt. Sie zogen sich wieder in das sibirische Dörfchen Zaritovskaja zurück. Von den Bolschewisten und Monarchisten grausam verfolgt, wußten und Monarchisten grausam verfolgt, war hier ihres Bleibens nicht. Bald wurden sie von den gegenrevolutionären Behörden, bald von den roten Soldaten eingekerkert und freigelassen, dann abermals verhaftet und wieder auf freien Fuß gesetzt. Zwei Söhne Rasputins fanden im Gefängnis der Bolschewisten den Tod. Nur Maria Gregorjewna und eine ihrer älteren Schwestern vermochten jene Verfolgungen zu überleben und Rußland zu verlassen.



Hauptversammlung und Gebirgsfest des Sauerländischen Gebirgsvereins.

Soest, 4. Juni. Sonnenglanz und Lerchenjubel schwebten über der Feststadt und den nach mehreren Tausend zählenden Besuchern der 34. Hauptversammlung und des 20. Gebirgsfestes. Die Herzen aller Teilnehmer waren erfüllt von Frohsinn und Lebensfreude. Gesang und Musik hallten am Samstag und Sonntag in den engen, winkligen Gäßchen und von den alten Mauern der Stadt bis in die späten, lauen Nachtstunden wider. Ueberall leuchteten den Teilnehmern weiße Schilder mit dem Gebirgsgruße „Frisch auf!" entgegen; natürliche und besonders errichtete Ehrenbögen, dazu das altertümliche Stadtbild des ehrenreichen Soest vermochten eine feste Brücke zwischen den Fremden und den gastlichen Soester Bürgern, die über 700 Quartiere bereit gestellt hatten, zu schlagen. — Der stellvertr. Hauptvorsitzende Hauptlehrer Kracht-Katernberg eröffnete um 8 Uhr im blauen Saal des Rathauses die Hauptversammlung mit einer kräftigen Begrüßung der zahlreichen Ehrengäste und Abteilungsvertreter. Ein warmherziger Nachruf galt dem kürzlich verstorbenen früheren Hauptvorsitzenden Geh. Justizrat Müller-Arnsberg. Stadtbaurat Sudhoff-Soest dankte namens der Stadt, wies auf die von ihr errichtete Jugendherberge hin und wünschte den Teilnehmern angenehmen Aufenthalt in Soest. Ihm schlossen sich Landrat Freiherr von Werthern für den Kreis Soest und Landrat Dr. Loos zugleich für den etwas später erschienenen Landrat Dr. Schenking-Arnsberg namens des Kreises Iserlohn an. Karl Wagenfeld-Münster überbrachte Grüße des Westfälischen Heimatbundes und Studienrat Dr. Schauerte aus Nordenau solche des Sauerländer Heimatbundes. Endlich begrüßte Pfarrer Möller die Versammlung namens des Superintendenten. Dem vom Geschäftsführer erstatteten Jahresbericht zufolge, zählt der S. G. V. in über 230 Abteilungen gut 36 000 Mitglieder. Neuerdings sind die Abteilungen Brilon, Cobbenrode und Versetal entstanden. In den meisten Abteilungen herrscht rühriges Leben und werden neben anderen Vereinsveranstaltungen öfters Vereinswanderungen veranstaltet. Der „Sauerländische Gebirgsbote" kommt zurzeit wieder monatlich heraus; der Kolbturm wurde im Herbst 1923 gründlich instandgesetzt. Heimatpflege und Naturschutz stehen auch weiter im Mittelpunkt der Arbeit des Vereins. Der Sauerland-Verlag hat sich gut entwickelt und bringt die eigene Karte vom Sauerland 1 : 50 000 von Jahr zu Jahr der Vollendung näher. Jahresrechnung 1923 und Haushaltsplan 1924 fanden Annahme. Zu Rechnungsprüfern wurden Dr. Fasse und Kaufmann Möller-Iserlohn gewählt. Aus dem diesjährigen Beitrag sollen 20 000 Mk. dem zu erbauenden Ehrenmal zur Verfügung gestellt werden. Die Abgabe für 1925 wurde auf 1.50 Mk. festgesetzt; der Beitrag der körperschaftlichen Mitglieder (Gemeinden, Ämter, Städte und Kreise) soll 1 Pfg. auf je 10 Einwohner betragen. Hauptgegenstand der Beratung war das zum Gedenken an die im Weltkrieg gefallenen Mitglieder auf dem Kohlberg zwischen Dahle und Neuenrade geplante Ehrenmal in Gestalt eines Wanderheims mit Jugendherberge. An den Bericht des Geschäftsführers schloß sich eine längere Erörterung. Die Baupläne des Architekten Carl Hoffmann-Schwelm waren ausgestellt und fanden Beifall. Versammlung beschloß, einen Sonderbeitrag von den Abteilungen in Höhe von 1 Mk. je Mitglied zu erheben, zahlbar wenigstens zur Hälfte bis 1. August, mit dem Rest zu Beginn 1925. Außerdem findet eine Vereinslotterie zu Gunsten des Ehrenmals statt. Die Grundsteinlegung ist für Sonntag, den 13. Juli, vorgesehen. Die Aussprache ergab Einmütigkeit im Willen zur Schaffung dieses Mittelpunktes für den S. G. V. in einer den Heldentaten der Gefallenen würdigen Form. Wegen der vorgerückten Zeit mußte der vorgesehene Vortrag von Lehrer Kochskämper-Iserlohn: „Jugendbewegung und Jung S. G. V." ausfallen. Zum Hauptvorsitzenden wurde Bürgermeister Dr. Schneider-Arnsberg einstimmig gewählt. Wiedergewählt wurden Studienrat Dr. Schauerte-Rietberg und Fabrikant W. Münker-Hilchenbach; als Ersatz für 2 ausscheidende Mitglieder wählte Versammlung ebenfalls einstimmig Handwerkskammer-Syndikus Kahlen-Arnsberg und Lehrer Kochskämper-Iserlohn. Die nächstjährige Hauptversammlung soll in Arnsberg stattfinden. Dem 1923 in Meinden zum Ehrenvorsitzenden gewählten Stadtrat Perker-Hagen wurde ein Gemälde des Kunstmalers Weyer-Herscheid von der Burg Altena mit herzlichen Worten durch Herrn Kracht überreicht. — Während gleichzeitig die Ortsgruppen Jung-S. G. V. zu einer Beratung mit anschließendem Waldgottesdienst und Wettkämpfen und Preistänzen sich versammelten, bot der reichhaltige Unterhaltungsabend im Schützenhof mit Aufführung der „Spinnstube" von Religionslehrer Hatzfeld-Paderborn und einem Grimmeschen Schwank, Führungen durch die Stadt und als Abschluß eine Fahrt zur Möhnetalsperre den älteren die erwünschte Augenweide und Ohrenschmalz.

Handel und Börse.

Wochenschau vom Weltgetreidemarkt.

Hatte man noch vor einem Monat eine starke Verzögerung der Ernte befürchten müssen, so hat die äußerst günstige Witterung der letzten Wochen diese Verzögerung wieder eingeholt. Der Stand des Roggens bleibt zwar noch etwas uneinheitlich, da die spätgesäten Felder sich vorteilhafter entwickelt zu haben scheinen, doch kann man allgemein sowohl hier als auch beim Weizen mit einer guten Ernte rechnen. Sehr gut ist der Stand der Sommergetreide. Hafer und Gerste versprechen außerordentlich hohe Erträge.

Auf dem Produktenmarkt selbst macht der Saatenstandsbericht in der jetzigen Zeit keinen größeren Eindruck. Noch immer ist die Lage des Kreditmarktes ein nicht unbeträchtliches Hindernis für die freie Preisgestaltung. Immerhin konnten die Roggenpreise in der abgelaufenen Woche nicht unbeträchtlich anziehen. Der Konsum scheint nunmehr in seinen Vorräten erhebliche Lücken aufzuweisen und bestrebt zu sein, diese sobald wie möglich auszugleichen. Auch die Reichsgetreidestelle bleibt zurückhaltend, da der Vorratsbestand infolge der Stillerdverkäufe in den letzten Wochen erheblich abgenommen hat und auch für die noch vorhandenen Vorräte eine Gefahr des Verderbens nicht zu bestehen scheint. Zu begrüßen ist der nunmehr im neuen Reichstag eingebrachte Antrag, die Reichsgetreidestelle so schnell wie möglich aufzulösen. Eine wirtschaftliche Notwendigkeit war sie nie und hat sich in letzter Zeit sogar zu einer Schädigung der deutschen Wirtschaft entwickelt. Russischer Roggen ist nunmehr von den deutschen Märkten fast vollständig verschwunden. Als Ersatz wird amerikanische Ware etwas lebhafter begehrt. Mit dem Rückgang der Roggenpreise am Weltmarkte in der letzten Wochen schwächte sich auch an den hiesigen Produktenmärkten die Tendenz merklich ab.

Weizen blieb weiterhin ruhig und im Preise gedrückt. Französische und ausländische Mehle stellen sich immer eine starke Konkurrenz dar und der Ruf nach wirtschaftlichen Einfuhrzöllen kann nicht als unberechtigt von der Hand gewiesen werden. Am Weltmarkte konnten die Preise kleinere Steigerungen verzeichnen, da namentlich England wieder als Käufer im Markt war. Auch die Witterung in Kanada scheint eine kleinere Ernte bedingen zu wollen, so daß sich im Zusammenhang mit der verringerten Anbaufläche in den Vereinigten Staaten die Konkurrenz dieser beiden Länder etwas abzuschwächen scheint. Argentinien konnte in der vergangenen Woche zu ebenfalls erhöhten Preisen 460 000 Quarters Weizen gegen 211 000 ausführen und rüstet sich noch zu einer Vergrößerung des Exportes. Von Saatenstandsberichten liegt nunmehr der aus Ungarn vor, der außerordentlich befriedigend lautet und eine mittelgute Ernte in Aussicht stellt.

Spiel und Sport.

Boxen.

Boxkämpfe im Berliner Sportpalast.

Der letzte Abend im Sportpalast gestaltete sich nicht zu einem solch großartigen Abschluß, wie ihn die letzte Saison eigentlich verdient hätte. Die Kämpfe waren recht unglücklich zusammengestellt. So gab Sabri Mahir (156 Pfund) dem belgischen Schwergewichtsmeister Humbech (180 Pfund) nicht weniger als 24 Pfund nach und wurde von Humbech glatt besiegt.

Rene Davos, Belgien (142 Pfund) zwang Adolf Wiepert (140 Pfund) in der 7. Runde zur Aufgabe. Den einzigen stolzen Sieg errang für Deutschland Walter Funcke (132 Pfund) gegen den Engländer Jones (136 Pfund), den er nach Punkten schlug. Du.

Eingesandt

(Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.)

Kampfansage der nordwestdeutschen Arbeiter der Metallindustrie.

Nachdem im Ruhrbergbau ein Schiedsspruch verbindlich erklärten Schlichtungsausschusses gefällt ist, halten die Unternehmer der Metallindustrie es für geboten, die Arbeitszeitfrage mit einem Angriff zu beginnen, indem sie den Gesamtarbeitsvertrag zum 1. Juli kündigen, der eine fast unerträgliche Arbeitszeit bis zum 15. Dezember 1925 folgendermaßen anbieten:

Wir beantragen, den zum 30. September des Jahres gekündigte Manteltarifvertrag über die Arbeitszeit vom 13. November 1918 mit folgenden Aenderungen zu erneuern:

1. Zu Ziffer 1 der Vereinbarung vom 23. November 1918 folgenden Zusatz: „Es besteht denn, daß die verschiedenen Betriebsarten die besondere Schwere der Arbeit, die besondere Beschaffenheit der Arbeitsstätte (Hitze, schlechte Luft, Nässe) und die Voraussetzungen für Pausen gegeben sind."
2. In Ziffer 3 der Vereinbarung vom 23. November 1918 „Arbeitsbereitschaft" gestrichen."
3. Die Ziffer 4 wird gestrichen. Für alle übrigen Arbeiter gilt die gesetzliche Arbeitszeit ausschließlich der Pausen, die sechs Wochenstunden.
4. Die Ziffer 2 der Vereinbarung vom 23 soll lauten: „ wird bis zum 30. kann mit zweimal werden, erstmalig
5. Die hinfällig gewordene Ziffer 5 dieser Vereinbarung

Eine sehr stark besuchte Christlichen Metallarbeiter faßte sich am Sonntag Arbeitszeitfrage der Industrie in welcher der Bezirksleiter Duisburg referierte. Die Eingabe an die Reichsregierung Forderungen des Christlichen verbandes niedergelegt und das Vorgehen der heißen. Mit Entrüstung Kenntnis von dem und forderte von der zu setzen, um dieses kreuzen. Ganz besonders die Arbeiterschaft und wirken, wenn schon, geschlossen sind und men abgelaufen ist, geberverbandes. Herr handlung erklärte: „ stehen, bis die Arbeits Zweischichtensystem mit anderen Worten, Verfügung haben, wie Hüttenindustrie sofort gefügig sind und da Vergünstigung angenommen lichkeit will hieraus nur sich nicht scheuen, schädigen, um den Standpunkt wieder ein

Die H

Roman von

(Copyright by M.

(34.

Im Lauf der Praxis immer mehr worden, alles lief glichen den Wartesälen tenpunkte, sie waren des unsteten Anwalts werden konnte, suchte Herrn Gimpel, wenn diesem Bureau schien haben.

In Eppenhausen gebaut, und die Arstattliche Häuschen der Stuttgarter Bauwar eben fertig geseine Wohnstube, sein das er bepflanzte, laufen.

Die Eppenhausener ein und verlangte Die Direktoren schlugen vor, Polen lassen, aber Herwegh

„Sie arbeiten zu Doktor", sagte ihm Fabrik zugrunde gehelfen."

Herwegh schlug Gewinnanteil" zu in vielleicht eher ein, wuppen geben konnte

Gebrauche Ata – und im Haus sieht's stets bei dir wie Sonntag aus! (ATA HENKEL'S PUTZ- UND SCHEUERMITTEL)

Paul Keim
Christel Keim
geb. Glynis
Vermählte
Schwerte, 5. Juni 1924
Hörderstraße 46 1973

Jetzt ist es Zeit!

Jeder Mensch soll sofort eine **Blutreinigungskur mit Kraft- und Gesundheitssalz „Puksana"** vornehmen. **Schlechtes Aussehen, unreiner Teint, Schwäche, Nervosität**, auch **Gicht und Rheumatismus**, vor allem **die Aderverkalkung** verschwinden. **„Puksana"** regt den **Appetit** an, fördert die Verdauung und gibt frische Kräfte und blühendes Aussehen. Ein Versuch überzeugt. Vergessen Sie nicht gegen **Spul-, Maden-, Bandwürmer** bei Erwachsenen und Kinder

Puksana-Wurmkur

zu verlangen. — Zu haben bei
W. Heppe, Ostenstraße 3. 1805

Zur Anfertigung

sämtlicher **Buchbinderarbeiten** vom einfachsten bis zum feinsten Einbande, sowie **Konto- und Geschäftsbüchern, Kartonagen, Bildereinrahmen** und **Galanteriearbeiten** empfiehlt sich die

Buchbinderei C. Braus, Schwerte,
Gr. Marktstraße 3

Wie vermeide ich die Kosten für Schuhreparaturen?
Nur dadurch, daß ich **„schwarze Sohlen"** verwenden lasse.
Dieselben sind zu haben bei
H. Hitzegrad, Schuhmachermeister
— Senningsweg 26 —
Spezialität: Anfertigung von orthopädischen Schuhen für **Kriegsbeschädigte.**
Zugelassen vom Versorgungsamte Dortmund

Zu Pfingsten!

3 billige Lebensmitteltage! 3

Der Großeinkauf für ca. 150 eigene Geschäfte gestattet mir, meiner werten Kundschaft nachstehende Artikel zu besonders billigen Preisen anzubieten:

Ia. weiß. Weizenmehl	per Pfd. 0.13	Ia. Margarine	per Pfd. v. 0.48 an
ff. Brillantmehl	„ „ 0.16	Reines Schmalz	per Pfd. 0.64
in Beuteln	5 Pfd. 1.—	Ia. mag ger. Speck	„ „ 0.72
ff. Zitronat	per Pfd. 3.50	Ia. gesalz. Rückenspeck	„ „ 0.53
ff. Aprikosen	„ „ 1.30	gute, schnittige Plockwurst	per Pfd. 1.60
Ia. Sultaninen Rosinen	„ „ 1.—	Ia. Holl. Käse 20 %	„ „ 0.65
Ia. gereinigte Corinthen	„ „ 0.90	Ia. Edamer Käse 20 %	„ „ 0.70
Backpulver	5 Pack 0.27	fetter Limburger	„ „ 0.75
Puddingpulver	5 Pack 0.37	Ia. Schweizer Käse, großgelocht	per Pfd. 1.85
Ia. Himbeersyrup	per Pfd. 1.20	Ia. Halberstädter Würstchen	Paar 0.20
in Flaschen billigst			

Für die Salatzeit!

Ia. helles Salatöl per Ltr. 1 —
in Flaschen ½ Ltr. 0.95 ¼ Ltr 0.65

Gebrannter Kaffee!

Meine Mischungen
2.60 3.20 3.80
sind empfehlenswert!

Ia. weichkochende Riesenerbsen	per Pfd. 0.19
Ia. weichkochende weiße Bohnen	per Pfd. 0.18
Ia. Sparseife	3 Doppelstücke 0.40
Ia. helle Schmierseife	per Pfd. 0.35

Auf noch vorhandene Konserven-Vorräte bis Pfingsten 5 Prozent Rabatt!

Block-Schokolade . . . . . 3 Tafeln nur 0.85

Adolf Kalsbach, Schwerte

Damen und **Herren**-Konfektion auf **Teilzahlung**
Warenhaus
B. Schiffeliers
Hagen, Elberfelderstraße 93.

Tremonia-Kohlen
1971
wieder ständig auf Lager u. fuhrenweise zu haben.
Kohlenhandl. Künkler,
Hagenerstr. 7, Tel. 132

Fliegenfänger
empfiehlt
Buchhandlung Carl Braus

Spezial-Abteilung:
Teppiche (Do
Läuferstoffe
Bettvorleger
Divandecken
Tischdecken
Waffeldecken
Gardinen
Portieren
Dekorationen

Gebr. Stein Schwerte

Sauberes
Mädchen
für landwirtschaftlichen Haushalt für sofort oder später gesucht.
Angebote unter Nr. 1947 an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Lehrmädchen
zum baldigen Eintritt gesucht 1972
D. Treu Nachf.,
Schwerte.

Vorrätig:

Bohnenstangen	hölz. Kastenschiebkarren
Gartenkies	Dungkalk
Wasserkalk	Weißkalk
Zement	Zementkalk
Mauersand	Schmiersand
Wandplatten	Mosaikplatten
Ziegelsteine	Schwemmsteine
Spülsteine	Ulosetts
Bimsdielen	Gipsdielen
Tonröhren	Zementröhren
Schweinetröge	Drainröhren
Carbolineum	Dachpappe
Zaunpfosten	Zaunlatten
Bretter	Bauholz
Hobeldielen	Spalterlatten
Fußleisten	Profilleisten
Brennholz	Kohlen
	Briketts

E. Homel, Schwerte.

Eingesandt.

(Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzl. Verantwortung.)

Kampfansage der nordwestlichen Gruppe an die Arbeiter der Metallindustrie.

Nachdem im Ruhrbergbau der Konflikt durch verbindlich erklärten Schiedsspruch kaum beigelegt ist, halten die Unternehmer der Großeisenindustrie es für geboten, die Regelung der Arbeitszeitfrage mit einer Kampfansage zu beginnen, indem sie den Gewerkschaften zu dem bis zum 1. Juli bestehenden, aber gekündigten, ohnehin fast unerträglichen Arbeitszeitabkommen vom 15. Dezember 1925 folgende Verschlechterungen anzubieten:

Wir beantragen, die zum 1. Juli dieses Jahres gekündigte Vereinbarung über die Arbeitszeit vom 13. und 14. Dezember 1923 mit folgenden Aenderungen zu erneuern:

1. Zu Ziffer 1 der Vereinbarung vom 13. 12. 23. folgenden Zusatz aufzunehmen: „es sei denn, daß die verkürzte Arbeitszeit durch die besondere Schwere der Arbeit oder aber die besondere Beschaffenheit der Arbeitsstätte (Hitze, schlechte Luft) bedingt war und die Voraussetzungen dafür weggefallen sind.“
2. In Ziffer 3 den Zusatz aufzunehmen: „Arbeitsbereitschaft in den Pausen ist zulässig.“
3. Die Ziffer 4 wie folgt zu ändern: „für alle übrigen Arbeiter beträgt die normale Arbeitszeit ausschließlich der Pausen für die sechs Wochentage 60 Stunden.“
4. Die Ziffer 2 der Vereinbarung vom 14. 12. 23 soll lauten: „Das Arbeitszeitabkommen wird bis zum 30. Juni 1925 verlängert und kann mit zweimonatiger Frist gekündigt werden, erstmalig am 30. April 1925.“
5. Die hinfällig gewordenen Bestimmungen dieser Vereinbarung sind zu streichen.

Eine sehr stark besuchte Versammlung des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Hörde befaßte sich am Sonntag, den 1. Juni, mit der Arbeitszeitfrage der Hütten- und Metallindustrie, in welcher der Bezirksleiter Johann Burgartz-Duisburg referierte. Unter anderm wurde zu der Eingabe an die Reichsregierung, in welcher die Forderungen des Christlichen Metallarbeiterverbandes niedergelegt sind, Stellung genommen und das Vorgehen der Verbandsleitung gut geheißen. Mit Entrüstung nahm die Versammlung Kenntnis von dem Vorhaben der Unternehmer und forderte von der Verbandsleitung, alles daran zu setzen, um dieses frivole Vorhaben zu durchkreuzen. Ganz besonders empörend muß es für die Arbeiterschaft und auch für die Bevölkerung wirken, wenn schon, bevor die Verhandlungen abgeschlossen sind und bevor das Arbeitszeitabkommen abgelaufen ist, der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes, Herr Dir. Rabe, bei der Verhandlung erklärte: „Die Industrie bleibt solange stehen, bis die Arbeitszeitfrage geregelt und das Zweischichtensystem eingeführt ist.“ Das heißt mit anderen Worten, wenn wir auch Kohlen zur Verfügung haben, wir werden die Arbeiter der Hüttenindustrie solange aussperren, bis sie gefügig sind und das Zweischichtensystem ohne Vergünstigung angenommen haben. Die Oeffentlichkeit will hieraus erkennen, daß die Unternehmer sich nicht scheuen, die Wirtschaft erneut zu schädigen, um den bekannten Herr im Hause-Standpunkt wieder einzuführen.“

Hoffentlich erkennen die Arbeiter, welche Gefahren ihnen drohen und finden den Weg zur Organisation schnell zurück.

Unter dem Vorsitz des Reichskommissars finden am Donnerstag, den 5. Juni, weitere Verhandlungen über die Arbeitszeit statt.

Erwiderung auf das Eingesandt in der Dienstag-Ausgabe dieses Blattes vom Spiel- und Sportklub „Union“ Schwerte.

Mein sehr verehrter Vereinsvorstand!

Eigentlich hatte ich mir vorgenommen, die vorgefallenen Angelegenheiten als erledigt zu betrachten, aber sehe mich doch gezwungen, auf Ihr Eingesandt etwas näher einzugehen.

Der Grund, den Sie in Ihrem Eingesandt gesucht haben, mich anzugreifen, ist direkt lächerlich. Wenn Sie behaupten, der Spielführer der S. S. Ver hätten Ihren Herrn Fußballobmann durch falsche Vorspiegelungen dazu gebracht, daß derselbe an dem betreffenden Tage den **städtischen** Sportplatz freigegeben habe, sage ich Ihnen, daß dies **unwahr** ist. Entweder sind Sie über das Vorgehen Ihres Vorstandsmitgliedes nicht ganz orientiert oder Sie wollten einen scheinbaren Grund suchen, auf meinen wahrheitsgetreuen Bericht eine Erwiderung zu geben. Selbst geben Sie ja zu, daß es ein unsportliches Benehmen von Ihnen war; suchten es nur etwas vor der Oeffentlichkeit zu vertuschen. Na, sehen Sie mal, wie Sie da durchkommen!

Daß die Ober auch schon einmal so mit Ihnen vor Jahren ein bißchen Theater gemacht haben, ist doch wirklich auch eine große Fr . . . . . ! Wie Du mir, so ich Dir, denken Sie also. Ein sehr schöner sportlicher Standpunkt, nicht wahr, meine Leser? Jedenfalls wird die Sachlage vor Jahren ganz anders ausgesehen haben. Hätten Ihnen die sympathischen Ober den Platz vorher versprochen, wären Sie sicherlich nicht vom Platze verwiesen worden. Soviel sportlicher Geist sitzt doch noch in den Grün-Weißen! Aber Sie scheinen auch das Harptsächlichste dieses letzten Vorfalles nicht wissen zu wollen. **Einheimische Bürger, langjährige Steuerzahler, von einem städtischen Platze, der von der Stadt gekauft, hergestellt worden ist, zu verweisen.** Wissen Sie, was das bedeutet?!!

Zum dritten Punkt Kombination (Reservevelf) erwidere ich Ihnen, daß Sie sich nächstens besser erkundigen müssen; wie mir auf jeden Fall der 1. Geschäftsführer der Schwerter Sportvereinigung, Herr Koch, mitteilte, haben dieselben eine Reservemannschaft gemeldet, oder meinen Sie, ich hätte mir dieses aus der Luft gegriffen? Wenn Sie nun ein Ergebnis zum Vorbild nehmen wollen, um hiermit die Spielstärke der Mannschaften auszudrücken, sollten Sie doch als alte Kämpen auf diesem Gebiete wissen, wie meistenteils die Resultate die Spielverlaufe wiedergeben. Nur ein Beispiel will ich Ihnen zeigen, nämlich Ihre 1. Elf gegen den C- nicht B-Verein Hörde, wie ich irrtümlich geschrieben hatte. Hörde hätte mindestens den Ausgleich verdient und nicht wie das Ergebnis sagt: 2:1 für Ihre 1. Elf. So geben Resultate größtenteils die Spielstärken wieder!

Wollen Sie aber gerne meine Kombination zunichte machen, tragen Sie ein Spiel: Ihre 1. Mannschaft — Reservemannschaft 06's aus. Also, bitte! Nicht hier mit Zeitungsgeschrei die Leser irre führen, und nicht da mit alten Ladenhütern kommen und Ergebnisse erwähnen, wo kein Hahn mehr nach kräht.

Inzwischen bin ich nun bei der schönsten Stelle Ihres Eingesandts angekommen. Sie werfen mir Parteilichkeit, Unsachlichkeit usw. vor. Haben Sie nicht noch mehr? Mir macht es mal Spaß, alle meine Eigenschaften aus dieser so schönen, wahrheitsgetreuen Quelle zu hören. Also, wenn ich richtig zwischen den Zeilen gelesen habe, soll ich nach Ihrer Meinung die Berichte über Ihren Verein durch Parteilichkeit ausgezeichnet haben. Was muß ich doch für ein Kerl in Ihren Augen sein? Na, 3—4 Spiele haben Sie, wenn ich mich recht entsinne, während ungefähr vier Monaten gehabt. Zwei Spiele habe ich davon persönlich gesehen und Kritiken darüber geschrieben. Der eine Bericht war Union 1 — S. S. V. 06 1 0:3. Lesen Sie diesen Bericht und dann urteilen Sie! Der zweite Bericht schilderte das letzte Treffen gegen Hörde. Nochmals betone ich an dieser Stelle, daß das Spiel Ihrer 1. Mannschaft schlecht war. Das ist meine Ansicht!

Sollten Sie nochmals eine Erwiderung hierauf geben, dann möchte ich Ihnen doch nochmals das Motto empfehlen: **Wahrheit muß Wahrheit bleiben.** Dann können Sie ruhig Ihre Schwerter Geschütze auffahren lassen. Aber ich werde als Berichterstatter auf weitere Erwiderungen nicht mehr eingehen. Denn, meine lieben Sportfreunde: „Allen Leuten recht getan, ist eine Kunst, die niemand kann.“

Im übrigen fröhliche Pfingsten! Du.

Besitzen wir in Schwerte einen städtischen Sportplatz oder nicht?

Nach den letzten Zwischenfällen wegen des städtischen Sportplatzes möchten wir diese Frage einmal hier kurz anschneiden.

Bekanntlich besitzen wir hier in unserer so schönen Stadt Schwerte den ideal gelegenen städtischen Platz „Schützenhof“. Der Platz wurde seinerseits aus städtischen Fonds gekauft und unter Beteiligung städtischer Arbeiter und einer Anzahl Vereine hergestellt. Die hiesige „Union“ war seinerzeit ohne Platz und benutzte die Gelegenheit, durch tatkräftiges Mitarbeiten an dem Platze sich so eine kostenlose Anlage zu sichern! Und wir müssen sagen, daß sie es fertig gebracht haben, denn die Stadtverwaltung überlrug der hiesigen Union die Aufsicht auf dem städtischen Sportplatz. „Union“, natürlich nicht dumm, nützt die gute Sachlage aus und bestimmt, daß derjenige der nicht an dem Platz gearbeitet hätte, keinen Anrecht auf die Anlage habe. Na sehen Sie mal zu!

Unsere Meinung ist auf jeden Fall die, daß, wo auf diesem Platz städtische Arbeiter gearbeitet haben, städtische Geräte abgenützt wurden, Tore und sonstige Ausgaben (Platzkauf) aus der städtischen Kasse geflossen sind, jeder Bürger Anrecht auf den Platz hat. Will die Stadt nicht auch noch den städtischen **Park an einen Verein** hergeben, der ebensolche Späße macht, Schwerter Bürger, seit langen Jahren treue Steuerzahler, von einem städtischen Platze wie noch am letzten Sonntage zu verweisen? Man erlebt ja schon so allerlei, aber dieses ist mal wieder ein Glanzstück. **Entweder wir haben einen städtischen Sportplatz oder keinen.** Das ist unsere Meinung! **Mehrere Sportfreunde.**

6. Deutscher Bauerntag in Hamburg.

Ein Vortrag des Staatsrats Weißhaupt, Mitglied des Reichswirtschaftsrates und Präsident des Badischen Bauernvereins, über die Bedeutung der Landwirtschaft für Staat und Volk traf in das Zentrum der Stimmung dieser Versammlung, weil er den gesetzlichen Schutz der Landwirtschaft scharf herausarbeitete und wohlbegründete Gesetze forderte.

Er betonte, die Landwirtschaft wolle die Ernährung des deutschen Volkes sicherstellen. Sie verlange keine Bevorzugung. Die neue Regierung und der neue Reichstag möchten jedoch die Landwirtschaft fördern. Die Kreditfrage müsse der Reichstag lösen, sonst gehe die Landwirtschaft zugrunde. Der Redner sagte weiter: Wir als christlicher Bauernverein vertreten den Standpunkt: Leben und leben lassen, aber die von den Trusten und Syndikaten vorgeschriebenen Preise der Industrie sind für den Bauern untragbar. Die christliche Auffassung muß im ganzen Wirtschaftsleben Platz greifen, dann werden sich Stadt und Land wieder besser verstehen. Die bäuerliche Familie ist eine Quelle sittlicher Wiedergeburt und das wird sie auch in der größten Not sein.

Landtagsabgeordneter Dr. Crone forderte Mitarbeit der Bauern auch in der Regierung, wenn manchem auch die heutige Staatsform nicht genehm sei. Die Tagung nahm eine Reihe von Entschließungen an. Hervorzuheben sind folgende:

„Werden nicht in kurzem Maßnahmen getroffen, die eine Rentabilität der Landwirtschaft gewährleisten und damit die Erhaltung und Steigerung der Produktionsmöglichkeiten, so wird die Landwirtschaft und mit ihr unsere gesamte Volkswirtschaft dem Ruin entgegengehen. Die Lage der Landwirtschaft wird nicht nur für unsere Volksernährung, sondern auch für den Absatz der Industrie und damit die Beschäftigung der Industriearbeiter vernichtende Folgen haben. Das Problem der Lösung der Agrarkrise besteht nicht in erster Linie in der Schaffung langfristiger Kredite, sondern in der Wiederherstellung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Produktion. Die Zinshöhe der heute gewährten kurzfristigen Kredite bringt die Landwirtschaft weiter an den Ruin.“

Eine weitere Entschließung beschäftigt sich mit der Steuerveranlagung und verlangt ein einfaches und einheitliches Schätzungsverfahren. Es wird festgestellt, daß die alte Forderung der Bauernvereine, wonach bei der Veranlagung der Steuern die Sachverständigen des Berufsstandes maßgebend gehört werden sollen, immer noch nicht überall die erforderliche Beachtung gefunden hat.

Zum Sachverständigengutachten lautet die Entschließung wie folgt: „Die Sachverständigengutachten verlangen vom deutschen Volk Leistungen, die in Einzelheiten noch über die Forderungen des Vertrages von Versailles hinausgehen. Wenn die ungeheuren Leistungen mehr oder weniger erfüllt werden sollen, so ist dies nur möglich, wenn die steuerliche und wirtschaftliche Einheit des Reichs und der Länder in vollem Umfang wiederhergestellt wird und erhalten bleibt. Dazu gehört in erster Linie die Befreiung der besetzten Gebiete. Alle Bewohner, auch die der besetzten Gebiete, müssen wieder der produktiven Arbeit für die Heimat zugeführt werden. Rückkehr der Gefangenen und Ausgewiesenen ist eine unbedingte Voraussetzung, um die Stimmung in Deutschland zu erzeugen, die notwendig ist, um an die gewaltigen Leistungen herauszugehen.“

Zum Beamtenabbau wurde ein Beschluß gefaßt, daß dieser Abbau mit den Spitzen beginnen müsse, und zwar bei den Ministerien. Vor allen Dingen müsse auch ein Abbau der Materie geschehen. Der Staat soll sich in das Wirtschaftsleben nicht mehr hineindrängen als unbedingt erforderlich. Eine weitere Entschließung wünscht, daß die Rentenbankkredite vornehmlich den Meliorationen usw. mit dem Ziel der Verbesserung, Schaffung und Vergrößerung bäuerlicher Betriebe gegeben werden. Eine andere Entschließung behandelt Bauernstand und Rentenkredite.

Die Herweghs.

Roman von Liesbet Dill.

(Copyright by M. Feuchtwanger, Halle a. S.)

(34. Fortsetzung.)

Im Lauf der Jahre hatte sich Herwegh Praxis immer mehr ausgebaut. Er war Mode geworden, alles lief zu ihm, und seine Vorzimmer glichen den Wartesälen wichtiger Eisenbahnknotenpunkte, sie waren immer überfüllt. Seit man des unsteten Anwalts nur noch selten habhaft werden konnte, suchte man den Bureauvorsteher, Herrn Gimpel, wenigstens festzuhalten, aber in diesem Bureau schien niemand mehr Zeit zu haben.

In Eppenhausen wurde eben die neue Bahn gebaut, und die Arbeiterkolonie, deren hübsche, stattliche Häuschen man ganz nach den Mustern der Stutigarter Bauausstellung eingerichtet hatte, war eben fertig geworden, jeder Arbeiter sollte seine Wohnstube, sein Bad, sein Gärtchen haben, das er bepflanzte, statt abends ins Kino zu laufen.

Die Eppenhausener zogen in ihre neuen Häuser ein und verlangten Lohnerhöhung.

Die Direktoren, der ewigen Streiks müde, schlugen vor, Polen oder Italiener kommen zu lassen, aber Herwegh widersetzte sich.

„Sie arbeiten zuviel mit dem Gefühl, Herr Doktor“, sagte ihm der erste Meister, „wenn die Fabrik zugrunde geht, können Sie keinem mehr helfen.“

Herwegh schlug vor, die Arbeiter mit einem Gewinnanteil zu interessieren, dann sahen sie vielleicht eher ein, wie hoch sie mit ihren Forderungen gehen konnten, aber da stieß er wieder

Seine Stellung war durch diese Kämpfe erschüttert. Er fühlte es. Die Arbeiter waren enttäuscht, daß er sich nicht durchzusetzen wußte, die Aktionäre mißtrauten ihm. Er war ein Jurist, die verstanden alles besser, und vom Geschäft hatten sie keinen blauen Dunst.

„Mußt du denn ausgerechnet den Eppenhausenern den Kram machen?“ sagte sein Schwiegervater, er fand es an der Zeit, daß Ernst das Kapital dort herauszog.

Aber das hätte sich der als Fahnenflucht angerechnet. Gerade jetzt mußte man am Ruder bleiben. Täglich flogen ihm Briefe ins Haus von empörten und beunruhigten Aktionären, sie wollten sich nicht mehr von Frühjahr zu Frühjahr vertrösten lassen, da steckte man ja besser sein Geld in den Strumpf.

Nun brauchte man wieder Geld zu den Arbeiterhäuschen, und Herwegh sollte es schaffen. So war er schließlich daraufgekommen, das Geld der ewig verreisten Witwen ohne Adressen, das auf seinem Bureau lagerte, in Eppenhausener Aktien — es wurden jetzt junge herausgegeben — anzulegen. Die mußten ja steigen, sobald die Papiere einmal an der Börse eingeführt waren. Es wurde den Damen mitgeteilt und es traf nie eine Antwort darüber ein, sie hatten scheints nichts dagegen.

Aber das wußte er jetzt, obwohl er nicht mehr rechnete und nicht mehr über seine Zukunft nachdachte, wenn die Ziegelei Bankrott machte, dann sank er nicht alleine, sondern viele, viele andere mit ihm. Und deshalb arbeitete er, um sie hochzuhalten, mit allen Kräften.

Selbst in seine Musik schlichen sich diese Gedanken ein. Während er schottische Rhapsodien spielte, suchte er bornierten Witwen den Unterbegreiflich zu machen, bei den Bachschen Allemandes sprach er zu den Eppenhausenern, um ihre Dickschädel mit der Ueberzeugung zu durchdringen, daß ihre Forderungen die Preise der Ziegel sinnlos in die Höhe schraubten, und mitten in einem Rondo von Dvorak, zu dem ihn Herr Stolzenberg auf dem Cello begleitete, konnte er aufspringen und ans Telephon eilen. „Entschuldigen Sie lieber Stolzenberg, einen Augenblick, ich muß Herrn Gimpel erinnern, daß er mit Goldenberg zur Versteigerung fährt.“

Sein guter Freund Stolzenberg senkte dann den Bogen wie einen Degen und wartete geduldig. Der arme Kerl, dachte er, und sah sich in seinem kostbar eingerichteten Musikzimmer um, was hat er nun von seinem Leben!

Es war täglich vorgekommen, daß eine Witwe sich am Zinstag pünktlich einfand, aber niemand war da, um ihr das Geld auszuhändigen. Herwegh plädierte gerade auswärts und Herr Gimpel war vereist, sie wurde gebeten wiederzukommen. Als sie wiederkam, fehlte das betreffende Aktenstück, in dem sie Eintragungen gemacht haben wollte, und man begann in fieberhafter Hast alle Schränke zu durchstöbern, ohne es zu finden. Am nächsten Morgen fand eine Scheuerfrau beim Aufräumen hinter dem Klavier den Akt der Witwe Schnabel in den Schumannschen Myrtenliederkreis eingeklemmt.

Bald darauf verschwand wieder ein Hypothekenakt. Diesmal suchte man gleich die Notenstöße durch, aber ohne Erfolg. Herwegh setzte fünf Mark Belohnung aus, das ganze Bureau wurde ausgeräumt und, siehe da, der Akt fand sich unter den Kleinbaurechnungen der Eppenhausener Ziegelei. Als bald darauf wieder ein Aktenstück verschwand, hieß es: einen Taler, wer den Akt Meyer gegen Goldenberg wiederfindet, und eine allgemeine

spiel geworden in dem Bureau, an dem sich besonders die jüngeren Schreiber mit Eifer beteiligten.

Wäre Herwegh ein Menschenkenner gewesen, so hätte er gemerkt, daß man ihm auf dem Gericht nicht mehr mit derselben Achtung begegnete wie früher. Die Kollegen waren sich darüber einig, mit Herwegh bereite sich etwas vor.

Ehrlich grüßte ihn kaum noch, die anderen vermieden sichtlich ein Zusammensein am dritten Ort mit ihm. Eine besonders kühle Atmosphäre wehte ihm aus den Richterkreisen entgegen, die Staatsanwaltschaft begann Herwegh „zu scheinden“.

Aber dieser schien viel zu beschäftigt, um das zu empfinden. Alles, was mit seiner Zukunft zusammenhing, war für ihn wie mit einem Nebel bedeckt.

Durch die sich türmende Arbeit, Plädoyers Aufsichtsratssitzungen und Sorgen um fremde Angelegenheiten hatte er den Ueberblick über seine eigenen Verhältnisse verloren.

Zuweilen überkam es ihn wie ein Hunger nach Musik, nach einem Orchester, dem Klang einer Orgel, Gesang.

Dann warf er alles fort und ging ins Theater, in ein Konzert, im Kursaal oder auch in eine Kirche, um seine Seele einmal wieder reinzubaden von dem Staub der Geschäfte.

Wenn seine Bureaus leer waren und die Putzfrauen Besitz von den überfüllten Papierkörben genommen hatten, schloß er sich in sein Zimmer ein und spielte Harmonium bis in die Nacht hinein.

(Fortsetzung folgt.)

Landwirtschaftliche Beilage

Hof und Scholle

zur „Schwerter Zeitung“

Vitamine.

Einer der bedeutungsvollsten Fortschritte der neueren Wissenschaft von den Ernährungsvorgängen sowohl bei Menschen wie Tieren war die Erkenntnis der Vitamine. Obwohl dieses Gebiet in den letzten Jahren eifrig durchforscht worden ist, und zwar bei uns sowohl wie im Auslande, so besteht über das Wesen der Vitamine noch nicht völlige Klarheit. Man weiß nur, daß es eiweißähnliche Stoffe sind, bei deren völligem Fehlen in der Nahrung auf die Dauer Leben nicht möglich ist. Nur soviel hat man festgestellt, daß es sich nicht um einen einheitlichen Stoff handeln kann, sondern um drei, nach ihren Wirkungen ganz verschiedene Stoffe, die mit den drei Kennzeichen Vitamin A, B und C bezeichnet worden sind.

Wenn das Vitamin A in der Nahrung fehlt, entsteht Knochenweiche (Rachitis), die auch die Säbelbeine der Ziegen verursacht. Reich an diesem wertvollen Stoff sind rohe Vollmilch, Sahne, Butter, Eidotter, Rinderfett, Fischöle, Lebertran, Fleisch, Tomaten und alle grünen Gemüse und Grünfutterarten. Arm hieran sind dagegen fast alle Pflanzenöle und das Schmalz jener Schweine, die vorwiegend mit Kartoffeln gemästet werden. Denn in den Kartoffeln ist wenig davon enthalten. Durch Kochen wird es größtenteils zerstört. Es fehlt in der Magermilch, es fehlt auch in der Margarine, die wesentlich aus diesem Grunde gegenüber der Butter unterwertig ist. Der unersetzbare Wert der Grünfütterung bei allen Nutztieren, besonders aber an Milchvieh, an tragende Tiere und an jugendliche Tiere, die in starkem Wachstum sich befinden, geht auf den Gehalt der grünen Pflanzenmasse an Vitamin A zurück. Auch die großartige Wirkung von Fischmehl, dem wichtigsten Futtermittel für junge Schweine, beruht neben dem Eiweiß- und Kalkgehalt auf Vitamin A. Und neuerdings gewinnt, vor allem auf Grund amerikanischer Erfahrungen, auch in der verbesserten Kückenaufzucht die Vitaminzufuhr durch Lebertran bedeutend an Boden.

Das Vitamin B, das Nervenerkrankungen mit ihren Folgeerscheinungen, wie Lähmungserscheinungen, Schwächezuständen in den Gliedmaßen und Muskelschwund verhütet, ist enthalten in Tomaten, Orangen, Spinat, Rüben, Kohl, Leber, Niere, Hirn, Eiern und in allen Samen, also in den Getreidekörnern, Erbsen usw. Auch Milch und Kartoffeln enthalten genug Vitamin B, um den Bedarf des Menschen daran zu decken. In den Körnern sitzt es in der Kleberschicht gleich unter der Schale und gelangt daher fast ganz in die Kleie, falls die Ausmahlung der Körner nicht zu hoch ist. Im feinen Mehl, vor allem im Weizenauszugmehl, ist Vitamin B nicht enthalten, während das Vollkornbrot, vor allem das Schwarzbrot, reich daran ist. Wir haben daher allen Grund, an unserem guten Landbrot festzuhalten und nicht die Torheiten der Städter und ihre Vorliebe für Weißbrot nachzumachen!

Fehlt Vitamin C in der Nahrung, dann tritt Skorbut ein, welcher sich durch Schwellungen, Schmerzhaftigkeit und Blutungen in den Gelenken und im Zahnfleisch, Lockern der Zähne und schließlich Knochenveränderungen bemerkbar macht. Das Vitamin C ist in denselben Nahrungsmitteln enthalten wie Vitamin B, mit Ausnahme der Körnerfrüchte, die nur Spuren davon enthalten. In Büchsenkonserven geht es verloren. Auch aus dieser Tatsache wird der hohe Wert der frischen Gemüse und der Rohkost für den Menschen und der Grünfütterung für alle unsere Haustiere klar.

Comfrey.

Der deutsche Name dieser stark behaarten, rauhblätterigen Pflanze ist Beinwell oder Beinwurz; sie ist nahe verwandt mit dem auf unseren Wiesen häufigen Beinwell. Sie wächst in üppigen Büscheln, gedeiht bei uns jedoch langsamer als in ihrer wärmeren Heimat. Dort, wo man Schweinen den Weidegang nicht ermöglichen kann, ist sie für diese ein beliebtes Grünfutter, das die Schweine vor allem mit Vitaminen



versorgt. In neuerer Zeit wird Comfrey als Grünfutter für Hühner sehr empfohlen, da er die Legetätigkeit anregt. Comfrey ist sehr frohwüchsig, er gedeiht bei reichlichem Begießen auch auf Sand- und Torfböden und kann vier- bis fünfmal im Jahre geschnitten werden. Die Stecklinge werden von April bis Juni in 40 Zentimeter Abstand und 4 Zentimeter Tiefe gepflanzt.

Lupineneinsaat.

Lupinensaat zum Zweck der Gründüngung kann erfolgen in Winterung und in Sommerung. Im ersten Fall ist die Aussaatzeit Ende Februar bis Mitte März: bei Sommerung kann die Einsaat zugleich mit der Saat oder erst einige Wochen nachher erfolgen. Maßgebend für die Entschließung, ob eine solche Einsaat vorgenommen werden darf oder nicht, sind die Feuchtigkeitsverhältnisse. Nur in feuchten Lagen ist die Einsaat der sich rasch entwickelnden Lupinen Ende Mai bis Mitte Juni ratsam. Gelegentlich sät man noch die Lupine in blühenden Roggen mit Seradella ein, damit sie der Deckfrucht während des Schossens und Blühens nicht das in diesen Wachstumsabschnitten besonders notwendige Wasser entzieht; doch nur in Gegenden mit feuchtem Frühsommer kann man das

In den Bauernwirtschaften Mittelfrankens ist auch die Einsaat von Lupinen etwa Mitte Juni in die Kartoffelfurchen nach beendetem Anhäufeln verbreitet. Durch Bearbeitung mit besonders gebauten Handeggen wird die für das Keimen notwendige Erdbedeckung herbeigeführt. Bei der Kartoffelernte werden die Lupinen niedergetreten und mit Erde bedeckt; danach wird das Land gewöhnlich für die Roggenbestellung vorbereitet. Nur zwischen Frühkartoffeln werden die Lupinen geschont und erst später untergepflügt. Eine Ertragsminderung bei den Kartoffeln soll nicht eintreten, doch ist die Zweckmäßigkeit dieses Verfahrens bisher durch genaue Versuche, wie es scheint, noch nicht nachgeprüft worden.

Pfuscherstücken.

Das Pfuschen hat in der Bastelei zwei Ursachen: Bequemlichkeit und Unkenntnis. Wer zu [illegible] ist, sich zum Lösen einer Sechskantmutter einen Schraubenschlüssel oder eine Flachzange zu holen und die Mutter mit der Kneifzange bearbeitet, ohne schließlich den gewünschten Erfolg zu haben, der pfuscht! Er verdirbt das Werkstück und das Werkzeug. Wer nicht weiß, in welchem Zustand der Leim seine größte Bindefähigkeit besitzt und seinen Leimtopf auf offenem Feuer kochen läßt, darf sich nicht wundern, wenn der Leim verbrennt und unbrauchbar wird. Man weiche die in Stücke zerschlagene Tischlerleimtafel erst in Wasser ein und löse den Leim dann im Wasserbade auf: man stellt den Leimtopf dazu in ein Gefäß mit kochendem Wasser, nicht aber unmittelbar aufs Feuer. Zum Einziehen von Schrauben in Holz gehört auch einiges Geschick, wenn jede Schraube sitzen soll. Besonders bei hartem Holz bohrt man mit dem Nagelbohrer auf halbe Länge vor und zwängt die Schraube nicht weiter, wenn sie auf Widerstand stößt. Wer gar mit dem Hammer der Schraube schließlich guten Sitz verleihen will, der ist hoffnungslos. Noch größere Vorsicht erfordert das Zusammenschrauben von Metallteilen. Wenn eine Schraubenmutter nicht auf die ersten Gänge des Gewindes paßt und klemmt, darf man sie nicht bis zu Ende aufzwingen; damit wird nur das Gewinde verdorben und unbrauchbar gemacht. Nicht Gewalt, sondern Geduld und Ueberlegung führen ans Ziel!

Grünfuttermais.

In den letzten Jahren hat sich der Mais mehr und mehr als Körnerfrucht auch bei uns eingeführt, obwohl in Norddeutschland die Ernte nie ohne Schwierigkeiten ist und auch die amerikanische Konkurrenz nicht außer acht gelassen werden darf, welche die Rentabilität leicht in Frage stellen kann. Anders steht es beim Mais, der als Grünfutter dienen soll. Der Mais ist das späteste Grünfutter, vor allem für Milchvieh. Am geeignetsten dazu ist der bei uns nicht reifende große Virginia- und Natalpferdezahnmais. Der Mais verlangt eine warme, vor Winden geschützte Lage. Humoser, warmer Lehmboden sagt ihm am meisten zu. Zäher Tonboden ist ungeeignet, auf Sandboden gerät er nur, wenn es nicht an Dungkraft und an Niederschlägen fehlt. Da der Mais große Mengen an Stengeln und grüner Masse bilden soll, verlangt er sehr nährstoffreichen Boden.

Man kann ihn kaum zu stark düngen, namentlich mit Stalldünger, da Lagern nicht zu befürchten ist; auch für Jauche und künstlichen Stickstoffdünger sowie für Kali ist der Mais sehr empfänglich. Die Aussaat erfolgt Mitte Mai. Pferdezahnmais zu Grünfutter wird in 40 Zentimeterreihen auf 25 Zentimeter gelegt. In größeren Wirtschaften bedient man sich dazu der Dibbelmaschine, in kleineren steckt man die Körner in Pflanzlöcher, die 3—4 Zentimeter tief mit einer Hacke gemacht werden und in die 2 bis 3 Körner gelegt werden. Der Mais wird gewöhnlich zweimal gehackt, weil er anfangs langsam wächst, und erst im Juli schoßt. Er gelangt von Ende Juli bis Oktober zur Verfütterung. Da es dem Grünmais an Protein fehlt, muß er mit stickstoffreichem Futter, wie Grünwicken, Luzerne, Oelkuchen usw. verabreicht werden. Er wirkt auf die Milchproduktion der Kühe sehr günstig ein: bei ausschließlicher Maisfütterung kann dagegen wegen seines mangelnden Proteingehaltes die Quantität und Qualität der Milch nachteilig beeinflußt werden. Der Grünmais bildet ein vortreffliches Material zur Gewinnung von Sauerfutter für die Winterfütterung der Kühe.

Sind die Hähne überflüssige Fresser?

Diese Frage ist nicht einfach mit Ja oder Nein zu beantworten. In den meisten Fällen wird man sie jedoch bejahen müssen. Das betrifft vor allem den fast allgemein verbreiteten Fall der Witwe Bolte, den Wilhelm Busch so humorvoll kennzeichnete mit dem Vers:

Ihrer Hühner waren drei
Und ein stolzer Hahn dabei!

Diese gute Frau hielt ihre Hühner sicher nur der Eier wegen, eine Zucht wollte sie nicht betreiben. Es ist aber einwandfrei festgestellt, daß Hennenherden ohne Hahn viel höhere Eiererträge liefern, wie solche mit Hahn. Der Nutzen, den der Hahn als Führer stiftet, wiegt den Schaden, den er durch die Beunruhigung der Hennen als ihr Verführer anrichtet, nicht auf. Auch zum Verkauf als Trinkeier kommen nur unbefruchtete Eier in Betracht. Da jetzt die Zeit des Brütens und damit der Züchtung für dieses Jahr zu Ende geht, sollte man die Hähne bald abschlachten, sofern es nicht hervorragende Rassetiere sind, und für die nächstjährige Zuchtperiode einen Hahn aus der diesjährigen Nachzucht heranziehen.

Lesefrüchte.

Frühzeitige Saat nutzt die Winterfeuchtigkeit, und ist der beste Schutz gegen Schädigungen durch die Fritfliege.

Walzen verstärkt den Roggen im Halm.

Spannen der Koppeldrähte.

Wenn die Zaundrähte von Koppeln und Dauerweiden wie die Saiten einer Zither aus der Rumpelkammer schlaff und wirr herunterhängen, dann sind sie so gut wie zwecklos. Solche Drahtzäune bieten allerdings keinen Schutz gegen das Ausbrechen des Viehs, besonders des Rindviehs. Man kann sie auch nicht wehrhafter machen dadurch, daß man einen Stacheldraht einzieht. Das ist nur erst recht dumm! Stacheldraht bildet, besonders für Pferde, immer eine Gefahr, zumal wenn Futter außerhalb der Koppel die Tiere veranlaßt, den Kopf durch den Zaun zu stecken. Der Stacheldraht, der eine amerikanische Erfindung ist, gehört dorthin, wo Menschen zurückgehalten werden müssen, bei Weideeinzäunungen führt er nur zu zahlreichen großen Tierquälereien und Schäden. Man kann ihn auch vollständig entbehren, wenn die einfachen, etwa 4,2 Millimeter starken Drähte nur straff genug gespannt sind. Dann ist ein Ausbrechen der Weidetiere ausgeschlossen, dann kann auch an Pfählen gespart werden.

Wie ist nun eine befriedigende Spannung der Drähte zu erreichen? Zunächst gehören gut verankerte Eckpfosten dazu; dann geeignetes Handwerkszeug. Da



sind zunächst die Froschklammern zu nennen, mit denen man das Drahtende fest einklemmen kann. Diese Klammern haben ihren Namen von der entfernten Aehnlichkeit der Form mit einem Frosch. Diese Klammern sind durch kurze Ketten an einem Spann-



hebel befestigt, wie es die zweite Abbildung zeigt. Auf diese Weise ist leicht eine straffe Spannung zu erreichen. Das Drahtende führt man zweckmäßigerweise auf einen der bekannten Weidenspanner an den Pfosten, damit man erforderlichenfalls nachspannen kann. Denn mit der Zeit hängen sich die Drähte aus infolge ihrer eigenen Schwere und auch in der Sommerhitze werden sie schlaffer, da die Wärme bekanntlich das Metall ausdehnt.

Für Jungvieh und für Fohlen sind vier Drähte, für Kühe und Pferde drei Drähte erforderlich. Fünf Millimeter starke Drähte sind schon reichlich dick. Man wähle verzinkte, weiche Drähte, da spröde nicht gut halten. Soll auch Kleinvieh auf der Koppel weiden, dann verwendet man ein bis zwei Drähte mehr. Bei einer Höhe des Zaunes von 120 Zentimeter verteilen sich die Drähte wie folgt: (von der Erde ab gerechnet): für Großvieh 50—35—35 Zentimeter, für Jungvieh 40—25—25—30 Zentimeter; für Schafe und Ziegen 20—20—20—25—35 oder 15—15—15—18—25—32 Zentimeter.

Die landwirtschaftliche Genossenschaftstagung in Darmstadt.

Am 5. Mai traten in Darmstadt unter dem Vorsitz des Präsidenten Johanssen die Vertreter der landwirtschaftlichen Genossenschaften Deutschlands zu einer Beratung der Gegenwartsfragen des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zusammen. Verbandsdirektor Landesoekonomierat Hohenegg berichtete über die Krisis im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen und vor allem über die schlimme Lage der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften, wie sie durch die Steuernotverordnung verursacht worden sei. Er bemängelte auch die Verminderung der vom Reich für die Landwirtschaft bereitgestellten Kredite. Darauf erwiderte der Präsident der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse, Geheimrat Semper, und teilte mit, daß von den 360 Mill. M., die der Preußenkasse zur Verfügung stehen, 325 Mill. M. für landwirtschaftliche Zwecke, darunter 225 Mill. M. unmittelbar für die landwirtschaftlichen Genossenschaften, bereit gestellt worden seien. Die Aufnahme von Krediten auf dem freien Geld- und Kapitalmarkt, sei wegen der hohen Zinsen kaum möglich, und auf Auslandskredite dürfe man jetzt nicht hoffen. Damit findet die Beurteilung der Kreditfrage, wie sie hier vor kurzem gegeben wurde, eine Bestätigung von maßgebender sachverständiger Seite. Folgende Entschließung wurde vom Genossenschaftstag gefaßt: Wir verlangen, daß unsere in ihrem Fundament fast bis zu ihrem letzten Rest erschütterten Einrichtungen befreit werden und befreit bleiben von allen Belastungen, daß die Reichsregierung angemessene und der Eigenart des landwirtschaftlichen Betriebes angepaßte langfristige Kreditmöglichkeiten unter wirtschaftlich tragbaren Bedingungen erschließt. Diese Kredite sollen zur Erhaltung des einst so glänzend ausgebauten und nun so stark geschwächten landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens als auch zur weiteren Sicherung der Ernährung unseres Volkes dienen